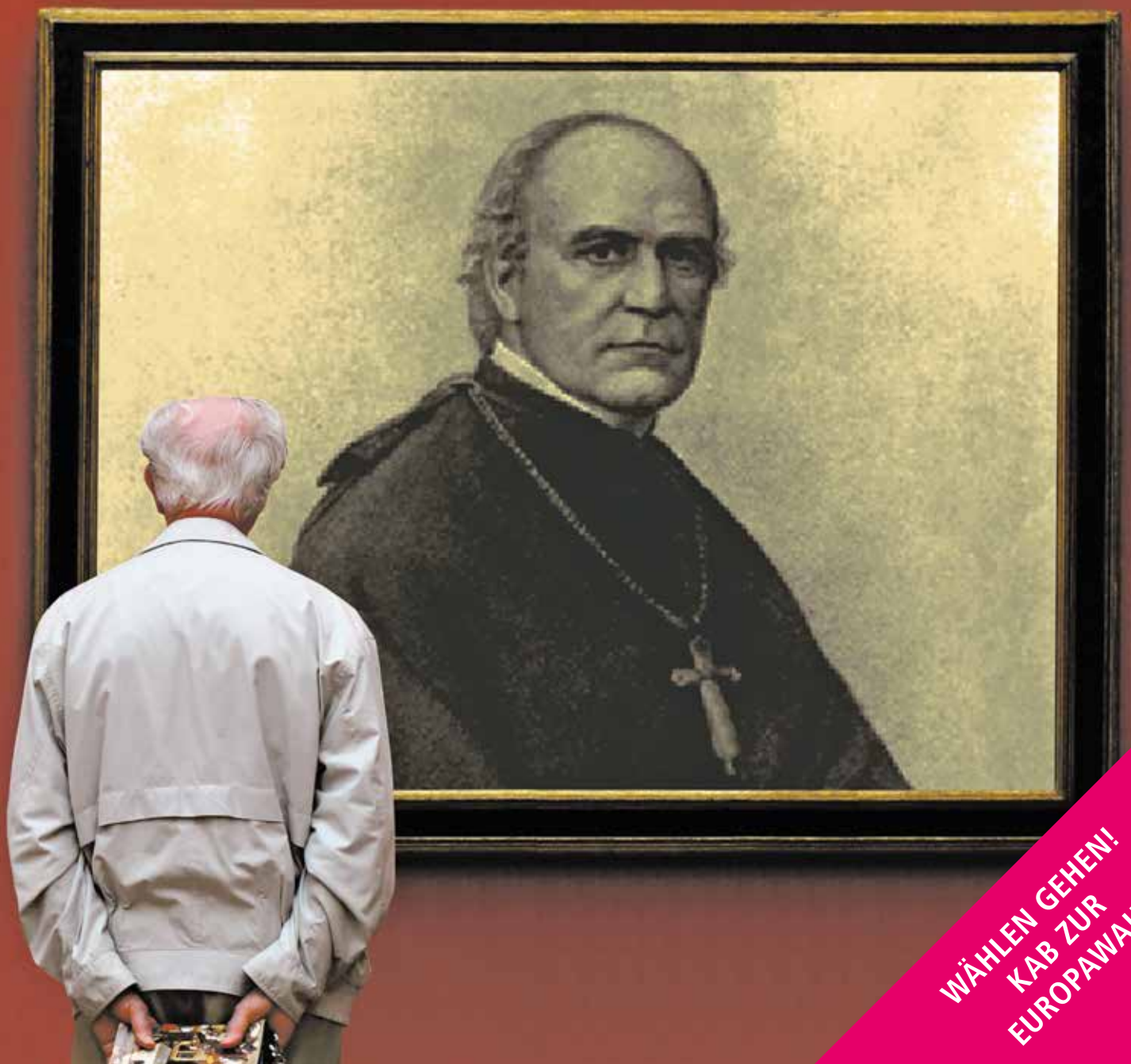


Zukunft katholischer Verbände 175 Jahre Katholischer Arbeiterverein



**WÄHLEN GEHEN!
KAB ZUR
EUROPAWAHL**

Für Mitarbeitervertretungen in den Einrichtungen
der katholischen Kirche und ihrer Caritas

Praktische Arbeitshilfen zur schnellen und
kompetenten Erledigung der täglichen MAVO-Aufgaben

Oxenknecht-Witzsch (Hrsg.)

Checklisten MAVO zum Arbeits- und Mitarbeitervertretungsrecht mit Erläuterungen

Ihre **Vorteile** durch die Arbeit mit
den **Checklisten MAVO**:

- ✓ Zeitersparnis: praxisrelevante Schritte zum jeweiligen Beteiligungsrecht gesammelt, komprimiert und vollständig
- ✓ Qualitätssicherung: rechtlich fundierte Überprüfung der Arbeitsabläufe
- ✓ Logischer Dreischritt: Einführung, Fragenkatalog, Erläuterungen

Die **Checklisten MAVO** beinhalten
Kernthemen aus dem Arbeitsverhältnis:

- ✓ Einstellung
- ✓ Eingruppierung/Höhergruppierung/Rückgruppierung
- ✓ Versetzung
- ✓ Ordentliche Kündigung
- ✓ Außerordentliche Kündigung
- ✓ Änderungskündigung
- ✓ Arbeitszeit und Dienstplangestaltung
- ✓ Dienstvereinbarung
- ✓ Betriebliches Eingliederungsmanagement
- ✓ Wirtschaftliche Angelegenheiten
- ✓ Betriebsübergang

Mit Online-
Zugriff auf
Listen



Zusätzlich in dieser Auflage:

Kostenübernahme für Beiziehung einer sachkundigen Person sowie Freistellung zur Schulung

9., aktualisierte, überarbeitete und erweiterte Auflage 2022, 100 Seiten, DIN A4
ISBN 978-3-944427-48-5
Bestell-Nr. C2022 • € 28,90



Mehr Infos und Bestellung:
www.ketteler-verlag.de

Für Mitarbeitervertretungen in den Einrichtungen der katholischen Kirche und ihrer Caritas

Handliche Broschüre mit schnellen und präzisen Antworten
auf häufige Rechtsfragen

Fitzthum

Praxiswissen Arbeitsrecht 2024 MAV-Grundwissen im Taschenformat

Die Broschüre liefert **jährlich neu** und aktuell:

- ✓ Antworten zu Themen von A wie Abfindung bis Z wie Zusatzversorgung
- ✓ Relevante Zahlen
- ✓ Hinweise zu weiterführenden Informationen (Literatur, ZMV-Artikel und Links)

**Praxiswissen
Arbeitsrecht 2024
katholisch**

2024, 108 Seiten, 8,7 x 15 cm
ISBN 978-3-944427-52-2
Best.-Nr. PW24-K • € 12,90

Ausgabe
2024: in neuem
Design, mit
aktualisiertem
Inhalt

NEU



Informieren Sie sich oder bestellen Sie einfach online unter www.ketteler-verlag.de oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gerne!

KETTELER-Verlag GmbH, Niederlassung Waldmünchen, Schloßhof 1, 93449 Waldmünchen
Tel: 09972/9414-51, kontakt@ketteler-verlag.de

Stand 01/2024

VORWORT



Matthias Rabbe

Liebe Leserinnen und Leser,

vor 175 Jahren schlossen sich Katholiken in Regensburg zusammen, um die Situation von Arbeitern zu verbessern. Aufgefordert durch den Mainzer Sozialbischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler setzen sich seitdem Frauen und Männer dafür ein, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erstreiten. Doch immer weniger Menschen lassen sich für die Ideen der KAB begeistern. Gehört Ketteler nur noch ins Museum? Impuls fragte Frauen und Männer in der KAB, was Sie heute noch an dem Verband fasziniert.

Ihre Redaktion

✉ redaktion-impuls@kab.de

🌐 www.kab.de/werkzeug/impuls-mitgliedermagazin

INHALT



Pre??????????

► **TITELTHEMA** Seite 5



KAB ????????????

► **KAB BEWEGT** Seite 13



Ortsbesuch Kamera

► **INTERNATIONALES** Seite 25

TITELTHEMA

WERTvolle Arbeit	4
175 Jahre katholische Arbeiterbewegung	5
Statements „Warum KAB?“	6
Interview mit Verbandsreferent Dr. Schäfers	8
KAB zur Europawahl	9
Rechte zerstören Sozialsystem	10

KAB BEWEGT

Mehr Europa oder weniger Europa?	12
Frieden braucht gute Arbeit	13
Entsetzt und fassungslos	14
Mitbestimmung bei Veränderungsprozessen	15
Aus den Diözesanverbänden	18
KAB bewegt vor Ort	20
SOS in bayerischen Kitas	22
Kinderarmut: Heftige Kritik an FDP	23

DIE GUTE AKTION

Tarifverträge sind gelebte Wirtschaftsdemokratie	16
--	----

INTERNATIONALES

Wirtschaftliche Gleichstellung	24
Weltnotwerk: Abschied beim Aktiventreffen	24
Ortsbesuch Kamerun – Hilfe zeigt Wirkung	25

GESELLSCHAFT

Ich habe Gott in mir gespürt	26
Die Sprache des Kapitalismus	27

SERVICE

Menschen	28
Was bedeutet Familienpflegezeit?	28
Buchrezensionen	29
Post an die Redaktion	29/30
Impressum	30
Rätsel	31



Deine Arbeit ist wertvoll

Bundesweit, ob an Bauzäunen in Frankfurt, im Treppenhaus in Bildungshäusern (Haltern), im Schaufenster von Gewerkschaften, in Gemeindezentren (Vilmar), am Stand zum Tag der Arbeit (Köln) oder wie in Trier im Kirchenraum – die Ausstellung „Die unsichtbaren Kronen“ wurde von KAB-Vereinen rund um den Prekariustag (29. Februar) vielfältig genutzt, um mit Menschen vor Ort über wertvolle Arbeit unter prekären Arbeitssituationen zu sprechen. In Augsburg gründete sich im Rahmen der Aktion eine „Allianz für faire statt prekäre Arbeit“, in der sich 10 Organisationen zu diesem Thema vernetzen (mehr unter www.kab.de).



175 Jahre katholische Arbeiterbewegung

Fast zeitgleich mit der Gründung des ersten katholischen Arbeitervereins St. Emmeran in Regensburg wird Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler Mitglied in der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Die Jahre bis 1848 als „Bauernpastor“ hatten Ketteler geprägt. Sein Einsatz galt der Linderung des durch Armut, Krankheit und mangelnde Ausbildung hervorgerufenen Elends. Seine Aufforderung, sich zu organisieren, war ein Impuls zur Gründung des „St. Josephs-Arbeiter-Unterstützungs-Verein im Pius-Verein“ in Regensburg. Dort fasten bereits am 24. April 1849 Katholiken den Beschluss, zur Unterstützung der katholischen Arbeiter einen Verein zu gründen. Die eigentliche Gründungsversammlung des inzwischen auf 159 Mitglieder angewachsenen Vereins fand erst am Heiligen-Drei-Königsfest des folgenden Jahres 1850 statt.

Wollen wir die Zeit erkennen ...

Auf dem ersten deutschen Katholikentag 1848 in Mainz erregt von Ketteler Aufsehen mit seiner Rede über die Freiheit der Kirche und die Soziale Frage. Im Dezember desselben Jahres wird er zu sechs Predigten im Mainzer Dom über „Die großen sozialen Fragen der Gegenwart“ eingeladen. Dort behandelt er ein Thema, das so bislang kaum von der Kanzel einer katholischen Kirche angesprochen worden war: die großen sozialen Fragen der Gegenwart. *„Wollen wir die Zeit erkennen, so müssen wir die soziale Frage zu ergünden suchen. Wer sie begreift, erkennt die Gegenwart, wer sie nicht begreift, dem ist die Gegenwart und Zukunft ein Rätsel“*. Am 25. Juli 1869 hielt der Mainzer Bischof eine vielbeachtete Predigt auf der Liebfrauenhei-

de vor etwa 10.000 Fabrikarbeitern zu sozialer Gerechtigkeit und der Zukunft der Arbeit. Auf der folgenden Fuldaer

ker Michael Ammich. Der formalen Ver selbstständigkeit gegenüber dem Pius-Verein Regensburg folgte die Lösung aus der Vormundschaft der Prinzipale und Handwerksmeister. „1870 wurde der Ausschuss zum ersten Mal ausschließlich mit Arbeitern und Gesellen besetzt, die Krankenkontrolle künftig von ihnen, nicht mehr von den Arbeitgebern ausgeübt“, schreibt der Historiker Werner Chrobak. Zudem wurde die Kassenführung durch eine Kommission der Vereinsmitglieder übernommen.

Am Ende des 19. Jahrhunderts schlossen sich mehr und mehr katholische Arbeitervereine überregional zusammen. Ab 1860 ent-

standen die christlich-sozialen Vereine, die angesichts der „sozialen Frage“ gleiche politische, soziale und gesellschaftliche Rechte für die Arbeiterinnen und Arbeiter einforderten. Mit etwa 22.000 Mitgliedern im Jahre 1872 waren diese Vereine zusammengenommen die mitgliederstärkste Arbeiterorganisation in Deutschland. Am 12. Oktober 1891 erfolgte im süddeutschen Raum der Zusammenschluss zum „Verband Süddeutscher Katholischer Arbeitervereine“. 1894 umfasste der Verband in Süddeutschland 56 Vereine und 11.625 Mitglieder, zur Jahrhundertwende bereits 372 Vereine und 58.239 Mitglieder.

Starker Rückgang der Mitgliedszahlen

1903 markiert das Gründungsjahr des „Westdeutschen Verbandes der katholischen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Knappenvereine“. In ganz Deutschland existierten 1912 ca. 3.300 Arbeitervereine mit etwa 450.000 Mitgliedern. Heute, gut 112 Jahre später, hat die KAB Deutschlands noch knapp 60.000 Frauen und Männer bundesweit.



Wie kann die Katholische Soziallehre aus dem Museum geholt werden?
Fotomontage: Katja Kuth

Bischofskonferenz legte er den Bericht über „Die Fürsorge der Kirche für die Fabrikarbeiter“ vor. Dieser gilt heute als „Magna Charta der christlichen Arbeiterbewegung“. Selbst das Streikrecht gestand er als „legitimes Mittel“ den Arbeitern zu.

Religiöse Erhebung

Auch wenn die Ziele des ersten KAB-Vereins die materielle und „religiöse Hebung des Arbeiterstandes“ waren, so war die finanzielle Unterstützung der Mitglieder und ihrer Familien bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität sowie die Unterstützung im Alter oder der Witwen ein wichtiger Bestandteil bei der Gründung. So war es anfangs weniger ein Verein der Arbeiter selbst. Es war bei der Gründung eher ein Verein der Bürger für die Arbeiter. Als 1872 ein zweiter Verein in Regensburg gegründet wurde und die Lösung von den Pius-Vereinen sich vollzog, hatte die Entwicklung katholischer Arbeitervereine, den Vorläufern der heutigen Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, einen weiteren Schub erhalten, so der Histori-

Warum bin ich heute in der KAB ...

Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien leiden unter großem Mitgliederschwund. Die Individualisierung und der Rückzug ins Private sind zum gesellschaftlichen Phänomen geworden. Gemeinsames Handeln, Solidarität im Sinne von „fest zusammenfügen“ scheinen an Bedeutung zu verlieren. Bundespräsident Stefan Eirich hat erst jüngst im Europaparlament auf die Auswirkungen dieser Individualisierung aufmerksam gemacht. Sie schafft Einsamkeit und führt mitunter zu Radikalisierungen, auch und besonders im politischen Bereich. Impuls fragte daher Frauen und Männer in der KAB, was für sie ein Verband wie die katholische Arbeitnehmer-Bewegung bedeutet.

Gegen Undemokraten und Rassisten

Ich bin in der KAB, weil ich über die kirchliche Jugendarbeit die Verbandsarbeit kennengelernt habe. Ich bin vor knapp 30 Jahren auf den Ortsverein zugegangen und habe gesagt, ich trete bei euch ein. Hier erlebe ich gute Gemeinschaft und inhaltliche Auseinandersetzung. An dem Verband fasziniert mich die Verbindung zwischen Kath. Arbeitnehmerbewegung, Kirche und Politik. Über Themen wird bei der Meinungsbildung kräftig gestritten. Erreichen möchte ich, dass die Undemokraten und Rassisten zurückgedrängt werden, dass die Umverteilung in Deutschland und in der Welt gerechter wird, dass wir in Villmar weiterhin viele neue Mitglieder gewinnen und dass wir uns für unsere Schöpfung und das Klima einsetzen.



Paul Arthen



Konnte sofort Ja sagen

Ich kam zur KAB ganz unspektakulär. Ich hatte eine Freundin bei verschiedenen KAB-Aktionen unterstützt. Sie fragte mich irgendwann, ob ich Mitglied werden möchte. Da mir einige Inhalte vertraut waren, konnte ich sofort „Ja“ sagen. Es fasziniert mich, dass nach 175 Jahren die Arbeit und der Auftrag des Verbandes weiterhin aktuell und wichtig sind. Aktuell besonders die klare Positionierung zur Europawahl oder das Aufmerksammachen auf Berufsgruppen, die schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne haben. Die Themen der Arbeitswelt sind mir wichtig. Immer wieder „menschenwürdiges Arbeiten“ zu thematisieren und einzufordern halte ich für wichtig.

Maude Ganzert

Offene Ohren für Junge

An der KAB fasziniert mich die gelebte Gemeinschaft und dass wir alle gemeinsam an einem Ziel (christlichere Arbeitswelt) arbeiten. Ich bin Mitglied bei der KAB, um die Arbeitswelt aktiv mitzugestalten. Gerade junge Arbeitnehmer stoßen innerhalb der KAB mit ihren Anliegen auf offene Ohren. Frische Impulse und neue Ideen werden von den Alteingesessenen gerne und dankbar aufgegriffen. Gleichzeitig ist der Erfahrungsaustausch mit erfahrenen Arbeitnehmern für den eigenen Berufsweg unheimlich wertvoll.

In der KAB möchte ich als Diözesansekretär erreichen, dass unser Verband fit für das 21. Jahrhundert gemacht wird und – wenn auch in einem kleineren Rahmen – weiterexistiert.

Stefan Hanft





Toller Verein – nette Menschen

„Die KAB ist ein toller Verband. Hier in der KAB St. Georg in Borken gibt es viele nette und hilfsbereite Mitglieder. Sie haben mir und meiner Familie sehr geholfen“, sagt der aus dem Iran stammende Familienvater Mehrdad Mehralian. 2019 floh der heute 42-Jährige vor dem totalitären Mullah-Regime aus dem Iran. Die KAB lernte er in der Kleiderkammer kennen und schätzen: „Ich wollte zur KAB gehören!“

Mehrdad Mehralian

Die KAB lernte er in der Kleiderkammer kennen und schätzen: „Ich wollte zur KAB gehören!“

Komme aus einer Arbeiterfamilie

Ich bin in die KAB eingetreten, weil mich Freunde und auch Mitstreiterinnen aus Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen motiviert haben, gemeinsam Positionen zu erarbeiten und für ihre Durchsetzung zu kämpfen. Nicht zuletzt komme ich aus einer Arbeiterfamilie im Ruhrgebiet, wo die KAB zur Tradition gehört. Schließlich bin ich genau 100 Jahre nach der Gründung der KAB geboren, das verpflichtet auch. Unser Verband fasziniert mich, weil er sich immer kompromisslos für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einsetzt, sich in allen sozialen Fragen engagiert.

Wichtig ist für mich auch die Souveränität der KAB gegenüber der Amtskirche. Denn allen Zeitgeistströmungen zum Trotz wollen wir als Teil der katholischen Kirche sichtbar sein.

Christine Steimer



TRITT EIN FÜR DICH.

Stimme der katholischen Soziallehre

Die KAB hatte in meiner Jugend viele tolle Aktivitäten, für mich und meine Familie. Als KAB-ler im Betriebsrat anzutreten ist eine besonders Herausforderung, was mich als Arbeitnehmervertreter fasziniert und herausfordernd hat.

Gerade in einer Zeit des Neo-Liberalismus, Globalisierung und Spaltung in der Gesellschaft ist die KAB die

Stimme der katholischen Soziallehre. Aber die KAB muss sich wandeln, einerseits durch vielen Themen, wie Digitalisierung und KI, andererseits wegen der rückläufigen Mitgliederzahlen. Die Orientierung auf alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf mehr gesehen werden von der Öffentlichkeit und Politik, also durch gute Lobbyarbeit. Das tun und dennoch für unsere Mitglieder attraktiv zu bleiben, ist eine Herausforderung die wir schaffen werden.

Alfons Ernstberger



Erfahren, was Solidarität bedeutet

Ich bin in der KAB in erster Linie, weil es bei mir die solidarische Gemeinschaft und meine Basisgruppe gibt. Hier durfte ich vor Jahren erfahren, was Solidarität bedeutet.

Wir, meine Kinder und ich, haben in einer sehr schwierigen Situation ohne Aufforderung sehr viel Unterstützung bekommen. Beispielhaft die Themen, wie Mütterrente, Rentenmodelle, paritätische Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge, alle Arbeit ist wertvoll etc. von der KAB in den Fokus gerückt werden. Es fasziniert mich, dass wir

nach 175 Jahren KAB immer noch um Lohngerechtigkeit kämpfen und leider nur sehr langsam vorankommen. Der Kampf für Frauenrechte, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit und damit für eine Wertschätzung der Care-Arbeit in der Gesellschaft, geht weiter.

Marga Hundeborn



Nach 175 Jahren gemeinsam Wege finden

Interview mit Verbandsreferent Dr. Schäfers zur Situation der KAB



Sind Selbsthilfevereine, wie sie sich in den 1850er-Jahren mit der KAB entwickelten, noch zeitgemäß?

Dr. Michael Schäfers: Durch die Einführung der Sozialversicherungen und den Ausbau des Sozialstaates nach dem Zweiten Weltkrieg sind viele Formen der Selbsthilfe heute nicht mehr notwendig. Was in den Anfängen der KAB in Eigenregie durch Unterstützungskassen geregelt werden musste, ist heute durch die Sozialversicherungen und den Staat abgesichert. Das Spektrum der Selbsthilfe hat sich so verschoben. Ich rate den KAB-Basisgruppen immer, sich zusammenzusetzen und aufzulisten, wo man sich gegenseitig helfen kann. Das sind heute oftmals die kleinen Dinge, die aber für unser Leben sehr wichtig sind. Besuche im Krankheitsfall, Fahrdienste, kleine handwerkliche Dienste im Haushalt, Begleitung bei Arztbesuchen – das sind nur einige Beispiele. Das stärkt die Solidarität untereinander. Zudem macht es Freude, einander helfen zu können.

Wie haben sich die Erwartungen der Vereinsmitglieder in den letzten 175 Jahren verändert?

Dr. Michael Schäfers: Natürlich haben sich die Erwartungen verändert. Der Servicegedanke hat sich in unserer Gesellschaft mehr und mehr ausgebreitet. So auch in der KAB. Der Verein muss mir was bringen. Damit stehen die Vereine unter einem erhöhten Erwartungsdruck seitens der Mitglieder. Früher stand die Pflichtmitgliedschaft mit der entsprechenden Monatsversammlung im Mittelpunkt des Vereinslebens.

Vereinsarbeit muss heute Spaß machen. Dröge Monatsversammlungen sind out. Unser Zeitgeist drängt zum Event. Aber

es gibt auch Erwartungen, die sehr konstant geblieben sind. Zusammengehörigkeit empfinden und leben, nicht allein zu sein, sondern mit anderen etwas gestalten, gegenseitige Hilfe und anderen helfen, gemeinsam Zeit verbringen, Ausflüge machen, gemeinsam aktiv werden gegen die Ungerechtigkeiten unserer Zeit, sich für eine bessere Welt für die Kinder und Enkel einzusetzen – das sind Erwartungen, die immer noch sehr gut im Verein verortet werden können. Und da ist der Verein in geänderter Sozialform kein Auslaufmodell.

Was müssen Vereine und Verbände heute leisten, um attraktiv zu sein?

Dr. Michael Schäfers: Der Verein als Solidargemeinschaft ist weiterhin auch heute hoch attraktiv. Daran sollten wir grundlegend festhalten. Dann: weg vom Totreden von Problemen hin zu Lösungen. Den Blick nach vorne richten, positiv. Was alles nicht läuft, aufzulisten und sich darüber zu ärgern, bringt nichts.

Besser ist es, zu schauen, was wir im Verein gut können und das auszubauen. Realistische und überschaubare Ziele festlegen. Aufgaben untereinander verteilen, damit diese Ziele umgesetzt werden. Nicht einigen wenigen die Arbeit aufbürden, sondern sie auf viele Schultern verteilen. Wo viele mitmachen, fühlen sich auch viele verantwortlich.

Aber wenn Kompetenzen fehlen ...

Dr. Michael Schäfers: Wenn die Kompetenzen im Verein fehlen, Menschen außerhalb des Vereins bitten, eine kleine Aufgabe zu übernehmen. Wo Menschen auf ihre Fähigkeiten hin angesprochen werden, sagen sie in der Regel nicht nein. Oft ist dies ein erster, wichtiger Schritt zu einer späteren Mitgliedschaft. Wer über das Mittun einen Einblick in die Vereinsarbeit findet, will anschließend oft auch mit dabei sein und mitbestimmen. Sich politisch und gesellschaftlich für die Ziele der KAB mit anderen zu engagieren, schafft Erfolgserlebnisse, die wiederum für weitere Schritte stärken. Dann: Die Vereinsarbeit zu kommunizieren, ist in unserer Mediengesellschaft unerlässlich. Wer von der guten Arbeit der KAB vor Ort nichts weiß, kommt erst gar nicht auf den Gedanken, mitzutun oder einzutreten. Und mit möglichst vielen auch die kleinen Erfolge feiern. Das stärkt auch den Optimismus und die Kraft, neue Wege zu gehen. Wie lautet das schöne Sprichwort: „Wer will, findet Wege, wer nicht will, findet Gründe!“ Finden wir gemeinsam Wege!



DU HAST ES IN DER HAND!

Für ein menschenwürdiges Europa – KAB zur Europawahl

Für die nächste Europawahl wird ein weiteres Erstarren von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien prognostiziert. Die aktuellen Umfragen sehen in Deutschland die AfD seit Anfang Januar 2024 bei einem Wert von etwa 20 Prozent der Wählerstimmen. Einer aktuellen Jugendstudie zufolge würden 22 Prozent der befragten 14- bis 29-jährigen AfD wählen, wenn jetzt Bundestagswahl wäre. Das sind mehr als doppelt so viele wie noch vor zwei Jahren. Die KAB beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge und fordert dazu auf, deren Ursachen kritisch zu hinterfragen, rechtspopulistischen sowie rechtsextremen Parolen die Stirn zu bieten und entschiedene Stellung für ein starkes und soziales Europa zu beziehen – auch und gerade mit der eigenen Stimme.

Als Menschen in der KAB wissen wir uns in der Auseinandersetzung mit den ungezählten Facetten von Menschenverachtung und Diskriminierung in der deutschen Gegenwart den Märtyrern und den vom NS-Regime in unserer Bewegung Verfolgten als Vorbildern verpflichtet. Auch wir stehen mit unserem politischen Handeln in der Verantwortung für unsere eigene und für die nächste Generation. Wir lehnen deshalb aus tiefster Überzeugung die von der AfD und ihren Partnern wie der italienischen Lega und dem französischen Rassemblement National vertretenen völkischen Positionen ab.

Für die KAB liegt der Schlüssel für die Zukunft Europas in der konsequenten Weiterentwicklung einer gemeinsamen Sozialpolitik als unabdingbare Ergänzung zur wirtschaftlichen Verflechtung der Mitgliedsstaaten. Wir kämpfen daher für eine Stärkung der sozialen Dimension der EU. Die von rechtspopulistischer und rechtsextremer Seite propagierte Entfesselung nationaler Wirtschaftsgeheimen führt aus unserer Sicht europaweit zu einem gnadenlosen Wettbewerb um die geringsten Sozialstandards. Mit unserem



Aufruf „Für ein menschenwürdiges Europa“ fordern wir die Wahlberechtigten auf, sich mit ihrer Stimme dem Rückfall unseres Kontinents in einen Zustand nationalistischer Selbstzerfleischung zu widersetzen. Frieden und Fortschritt Europas hängen wesentlich von seiner sozialen Stärke, von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen ab.

Alles, insbesondere aber die menschenverachtende Maschinerie des Nationalsozialismus, hat einmal unscheinbar begonnen. Es besteht die reale Gefahr, dass nach einem guten, vielleicht sogar sensationellen Abschneiden der AfD bei der Europawahl Resignation unter den Menschen in unserem Land um sich greifen wird: konnten doch Millionen von Menschen, die seit Jahresbeginn gegen die menschenverachtende Politik dieser Partei auf die Straße gegangen sind, deren weiteres Erstarren nicht verhindern. Der Ausgang der Landtagswahlen im Herbst scheint danach ebenso unausweichlich wie eine kommende Naturkatastrophe. Stehen wir also auf gegen den drohenden Rechtsruck in unserer Gegenwart. Ganz im Sinne einer Nikolaus Groß zugeschriebenen Mahnung: „*Es ist dunkel die Nacht, / es ist dunkel der Tag, / entzündet die Feuer, / bleibt auf der Wacht.*“

Stefan-Bernhard Eirich,
Bundesvorstand der KAB Deutschlands

Rechte zerstören Sozialsystem

Interview mit dem EGB-Präsidenten Wolfgang Katzian

KAB-Impuls: Herr Katzian, die EU hat nun ein EU-Lieferkettengesetz und eine EU-Richtlinie für Beschäftigte in der Plattformbranche verabschiedet. Sind Sie zufrieden mit diesen Ergebnissen?

EGB-Präsident Wolfgang Katzian: Die Ergebnisse hätten couragierter sein können, vieles wurde abgeschwächt, was vor allem beim Lieferkettengesetz ganz schwer nachvollziehbar ist. Politische Sonntagsreden sind das eine, das Tolerieren von Ausbeutung, Kinderarbeit und Umweltschäden unter dem Deckmantel des Profits und der angeblich inakzeptablen Bürokratie das andere.

In diesem Sinne ist es grundsätzlich wirklich als Erfolg zu werten, dass das Lieferkettengesetz nach den jahrelangen Verhandlungen überhaupt zustande gekommen ist, bei dem starken Gegenwind der Wirtschaftsvertreter:innen und ihrer Lobbyist:innen.

Gewerkschaften aus ganz Europa haben nicht lockergelassen, wir haben vor allem immer gefordert, dass wir mit eingebunden werden müssen, weil es ja die Vertretungen der Arbeitnehmer:innen sind, die am besten wissen, wo und wie groß der Handlungsbedarf ist.

Die Richtung stimmt, aber der Weg ist schwierig, weil beide Richtlinien ja von den Mitgliedsländern umgesetzt werden müssen. In diesem Sinne werden sich die Gewerkschaften weiterhin einbringen.

Impuls: Bei beiden Richtlinien musste die EU trotz vorheriger Mitarbeit deutscher Delegationen an den Verhandlungen am Ende mit einem Nein der deutschen Bundesregierung die Richtlinien beschließen. Stellt Deutschland bei der Umsetzung der sozialen Säulen in Europa ein Problem dar?

Wolfgang Katzian: Besonders rühmlich ist diese Haltung auf jeden Fall nicht. Im Falle der Lieferketten hat Deutschland bereits ein eigenes Gesetz. Umso unverständlicher war die abwehrende Haltung auf europäischer Ebene. EU-weit



hier eine Regelung zu haben ist auch im Interesse von Ländern wie Deutschland und Frankreich, die national bereits Gesetze haben. Am Ende wurde der ohnehin abgeschwächte Text dann gegen die Stimme von Deutschland ohnehin beschlossen. Bei der Plattformarbeit waren sogar schlussendlich nur Frankreich und Deutschland gegen die endgültige Einigung und wurden überstimmt. Leider blockiert aber nicht nur Deutschlands FDP bei den notwendigen Schritten für eine sozialere EU. Auch andere Länder lehnen eine ambitionierte Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte oftmals ab. Erst kürzlich wurde eine Resolution zur Zukunft eines Sozialen Europas beschlossen. Hier haben lediglich die Regierungen Schwedens und Österreichs sich nicht zu einem sozialen Europa bekennen können. Ein Armutszeugnis. Ich

habe meine Enttäuschung darüber auch vor Ort in meiner Funktion als Präsident des Österreichischen und Europäischen Gewerkschaftsbundes scharf kritisiert.

Impuls: Am 9. Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Befürchtungen sehen einen Rechtsruck im Parlament!?

Wolfgang Katzian: Man darf diesen Rechtsruck auf keinen Fall unterschätzen, das tun wir aber auch nicht. Wir haben übrigens auch in Österreich mit der FPÖ eine Partei, die unter dem Motto „EU-Wahnsinn stoppen“ ganz unverhohlen den Austritt aus der EU fordert.

Die Gegenstrategie kann nur sein, aufzuklären, den Menschen in Europa zu verdeutlichen, worin die Vorteile der EU und der sozialen Säule für sie liegen, was es ihnen bringt. Einheitliche soziale Mindeststandards bedeuten für Millionen von Menschen gewaltige Verbesserungen.

Impuls: Was würde ein Rechtsruck für Arbeiter in Europa bedeuten? Stehen soziale Errungenschaften auf dem Spiel?

Wolfgang Katzian: Natürlich stehen sie auf dem Spiel. Beispiele dafür gibt es genug, ganz aktuell in Finnland, wo

die Rechtsregierung drauf und dran ist, das Sozialsystem zu zerstören. Die Vorhaben richten sich vor allem gegen Arbeitnehmende und Gewerkschaften, geplant und teilweise auch bereits umgesetzt sind Kürzungen beim Arbeitslosen-, Wohnungs- und Elterngeld, es soll mehr befristete Verträge geben und das Streikrecht soll eingeschränkt werden.

Die Gewerkschaften in Finnland wehren sich nach Kräften. Viele Arbeitnehmende sagen jetzt, hätten sie das vorher gewusst, hätten sie anders gewählt – und genau darum geht es: den Menschen klarzumachen, dass sie sehr genau darauf achten sollen, wem sie ihre Stimme bei einer Wahl geben.

Impuls: Der deutsch-österreichische Unternehmer Reinhold Würth warnt seine Mitarbeiter vor einer Wahl der AfD. Doch oft sind es gerade Arbeiter, die als enttäuschte Wähler und Wählerinnen, die sich für nationalistische Parteien entscheiden. Was läuft falsch in Betrieben und den Gewerkschaften?

Wolfgang Katzian: Ich sehe nicht, dass es in Betrieben oder bei Gewerkschaften falsch läuft, im Gegenteil. Gewerkschaften sind es ja, die sich einsetzen für bessere Arbeitsbedingungen, für höhere Löhne, das honorieren die Arbeitnehmer:innen gerade in Zeiten der Rekordinflation.

Deswegen ist es uns auch so wichtig, mehr Mitbestimmung durch mehr Gewerkschaften zu erreichen. Die Verteidigung und Stärkung der Gewerkschafts- und Arbeitnehmer:innenrechte, einschließlich des Rechts, sich gewerkschaftlich zu organisieren, des Zugangs der Gewerkschaften zum Betrieb, des Rechts auf Tarifverhandlungen und des Streikrechts. Ausweitung von Tarifverhandlungen, u.a. durch eine Umsetzung der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne, das sind wichtige Ziele, vor allem in jenen Ländern, die seit dem Fall des Eisernen Vorhangs keine Chance hatten, sich wie in Österreich, Deutschland oder Schweden zu etablieren und quasi bei null gestartet sind.

Impuls: Die KAB Deutschlands hat mit ihrer Position zur Europawahl sich gegen völkisch-nationalistische Tendenzen ausgesprochen und vor einer Wahl der AfD gemeinsam mit den Bischöfen gewarnt. Wie sieht die Situation in anderen EU-Ländern aus?

Wolfgang Katzian: Progressive Kräfte fordern die Menschen EU-weit auf, bei dieser wichtigen Wahl im Juni nicht rechtsextrem zu wählen. Die Politik der Rechten geht ja gerade zu Lasten von Arbeitnehmenden. Das zeigt auch deren Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament. Gewerkschaften in ganz Europa fordern daher, für ein soziales Europa und gegen ein Europa der Rechten und der Blockierer zu stimmen. In welche Richtung sich die EU in den nächsten fünf Jahren entwickelt, das bestimmen wir alle am 9. Juni.

EGB-Forderungen an das EU-Parlament

- Einführung eines sozialen Fortschrittsprotokolls in den Verträgen, um Vorrang von Arbeitnehmer:innen- und sozialen Rechten vor wirtschaftlichen Freiheiten sicherzustellen.
- EU-Erweiterung auf Grundlage der uneingeschränkten Achtung der Arbeitnehmer- und Sozialrechte und des sozialen Dialogs.
- Verteidigung und Stärkung der Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte, einschließlich des Rechts, sich gewerkschaftlich zu organisieren, des Zugangs der Gewerkschaften zum Betrieb, des Rechts auf Tarifverhandlungen und des Streikrechts. Ausweitung von Tarifverhandlungen, u.a. durch eine Umsetzung der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne.
- Verbesserung und Ausweitung der EU-Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz



Mehr Europa oder weniger Europa ?



Bei den Kölner Europagesprachen wurde über die Zukunft Europas nach der Wahl diskutiert.

Angesichts immer stärker werdender rechtsextremer und populistischer Parteien nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern, stellte sich die Frage nach der Zukunft Europas. Im Rahmen der Kölner Europagesprache, die gemeinsam vom KAB-Stadtverband, der EuropaUnion, der Uni Köln, dem Katholischen Bildungswerk sowie der KAB-Stiftung ZASS organisiert werden, widmeten sich Europaexperten der Wahl zum Europaparlament.

„Wir entscheiden über die Zukunft“ lautete das Motto und der Appell an die Wählerinnen und Wähler. Dr. Anja Thomas, Europaexpertin an der Uni Lille, betonte, dass die Wahlen weniger unter europapolitischen Themen sondern vielmehr als Abrechnung mit den nationalen Regierungen zu sehen sind. Auch die Ampel-Regierung in Deutschland läuft Gefahr, so Dr. Birgit Bujard, Europaexpertin an der Universität zu Köln, bei den Europawahlen am 9. Juni abgestraft zu werden. Und dass Italien, eines der drei Gründungsmitglieder der Europäischen Union, Staatschefin Giorgia Meloni zur Spit-

zenkandidatin kürt, obwohl sie nicht nach Brüssel gehen wird, zeigt, so Italienkenner Dr. Markus Grimm, dass die Wahl ein „Plebizit über die Regierungsarbeit in Italien selbst ist“.

EU-Wähler bestrafen nationale Regierungen

Einig waren sich die EU-Experten darüber, dass die etablierten demokratischen Parteien CDU, CSU, SPD und Grüne und ihre Fraktionen im EU-Parlament verlieren werden und die rechtsextremen (Renew Europe) und identitären Bewegungen (Fraktion Identität und Demokratie) mit Zugewinnen rechnen können. Dennoch werden die rechtsradikalen und neofaschistischen Parteien nicht zu radikalen Kursänderungen des EU-Parlaments führen, so Europaexpertin Dr. Thomas.

„Es wird keine stabile rechte Gruppe geben, dazu seien die Parteien in den Fraktionen zu zerstritten und verfolgen unterschiedliche Ziele“, so die Wissenschaftlerin vom European University Institute im französischen Lille.

Nationalistische Blockadepolitik

Befürchtet wird eher, dass es zu langwierigeren Entscheidungen im EU-Parlament und mit der Neubesetzung der EU-Kommissare zu Blockaden im europäischen Einigungs- und Erweiterungsprozess führen wird, wie es in letzter Zeit mit der ungarischen oder italienischen Regierung im Ministerrat geschah. Am Ergebnis der Wahl wird die Frage stehen: Gibt es mehr Europa oder weniger?

Mit einer stärker national ausgerichteten EU-Politik wird die Wirtschaft insgesamt in Europa leiden, Sozialstandards nicht zurückgefahren und Europa als Werteunion in Frage gestellt. Alle Diskutanten riefen daher auf, vom Wahlrecht, das in den EU-Staaten unterschiedlich verankert ist, dennoch Gebrauch zu machen, um Europa mit einer hohen Wahlbeteiligung insgesamt zu stärken.



Dr. Birgit Bujard, Europaexpertin an der Kölner Uni, sieht in der Europawahl die Gefahr, dass nationale Regierungen abgestraft werden. Fotos: Rabbe

Frieden braucht gute Arbeit

KAB bringt „WERTvolle Arbeit“ auf den Katholikentag in Erfurt

Frieden und besonders der soziale Frieden braucht gute Arbeit. Die KAB Deutschlands ist daher auf dem Katholikentag mit dem Thema „WERTvolle Arbeit“ präsent. Das Treffen der Katholikinnen und Katholiken vom 29. Mai bis 2. Juni in der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt steht unter dem Motto „Zukunft hat der Mensch des Friedens“. „Wir stehen ein für die Menschenwürde aller, für Solidarität mit Benachteiligten, für die Bewahrung unserer Umwelt, für die Suche nach Frieden“, so Erfurt Bischof Ulrich Neymeyr.

Sozialer Frieden braucht menschenwürdige Arbeit

Für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gegen Ausgrenzung kämpft die KAB in ihrem täglichen Engagement. Diese Arbeit präsentiert die KAB im Rahmen der Katholikentagsmeile auf der Maximilian-Welsch-Straße (Stand MW A-32) mit der Ausstellung „Die unsichtbaren Kronen“. Hier kön-



nen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt über ihre Erfahrungen über ihre oder prekäre Arbeitsbedingungen und ihre Vorstellungen von menschenwürdiger Arbeit berichten und erzählen. Gerade in den neuen Bundesländern gilt das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ immer noch nicht. Aktuell beträgt die Lohnlücke 20 Prozent. Gegenüber der zu erwartenden Prominenz aus Kirche, Politik und Gesellschaft will die KAB auch zum Handeln ermahnen. Unter den Gästen auf dem Katholikentag werden neben Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzler Olaf Scholz auch mehrere Ministerpräsidenten sowie Bundes- und Landesminister sein.



Im Schatten des Erfurter Doms findet der diesjährige Katholikentag statt.

Foto: Rabbe

Anzeige

KETTELERVERLAG

Fachverlag für kirchliches Arbeitsrecht
Serviceunternehmen der KAB

**GEMEINSAM
ENGAGIERT
AUF TRETEN**

Aktuell im KAB-Sortiment:

Bücher • Themenhefte • Banner
Flaggen • Fahnen • Wimpel • Abzeichen
Bronzekreuz • Plaketten • Papier
Mappen • Blöcke • Vordrucke • Aufkleber
Sichthüllen • Grundplakate • Werbeartikel
Signalwesten • Kerzen • Gutscheine



Bestellen Sie einfach online unter www.ketteler-verlag.de oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gerne!

Stand 04/2024

KETTELER-Verlag GmbH, Niederlassung Waldmünchen, Schloßhof 1, 93449 Waldmünchen, Tel: 09972/9414-51, kontakt@ketteler-verlag.de

Entsetzt und fassungslos

KAB-Kritik an CDU-Bürgergeldplänen



Bei der CDU entfernt man sich vom christlichen Menschenbild.

Foto: Matthias Rabbe

Entsetzt und fassungslos“, so beschreibt die KAB-Diözesanleitung im Bistum Münster ihre Reaktion auf die Pläne der CDU eines radikalen Umbaus des Bürgergeldes. „Was die Menschen, die Bürgergeld beziehen, am wenigstens brauchen, ist eine Debatte um ihre ohnehin schon geringe Teilhabe in dieser Gesellschaft“, kritisiert Diözesanvorsitzender Wolfgang Kollek. Begriffe wie „Totalverweigerer“ seien inakzeptabel diskriminierend und ermöglichten keine sachliche Auseinandersetzung mit den realen Lebensbedingungen am Existenzminimum, so Kollek.

Dabei ist ein Großteil der Bürgergeldbezieher in Arbeit, leider aber nicht in Brot. Da der Verdienst zum Leben nicht ausreicht, müssen sie zusätzlich Bürgergeld beantragen. Zudem steht ein weiterer Teil dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, weil sie noch zur Schule gehen oder eine Ausbildung machen (siehe Kasten). Die Bundesagentur (BA) registrierte zwischen Februar und Dezember 2023 lediglich 15 774 Fälle, in denen Leistungen wegen der Weigerung zur „Aufnahme oder Fortführung einer

Arbeit, Ausbildung, Maßnahme oder eines geförderten Arbeitsverhältnisses“ gekürzt wurden. Die Pläne vom ehemaligen CDU-Gesundheitsexperten Jens Spahn, notfalls müsse die Verfassung geändert werden, um schärfere Sanktionen beim Bürgergeld durchzusetzen, hält der Armutsforscher Christoph Butterwege für „populistisch und erstaunlich uninformativ“.

„Anscheinend versucht die CDU, Wähler und Wählerinnen in der Nähe zu rechten Parteien anzusprechen“, erklärt die KAB Münster. Dieser Populismus geschehe immer wieder auf dem Rücken der Ärmsten im Land und führt zu einer Sozialneid-Debatte. Die damit verbundene Aberkennung der Würde jedes Menschen widerspricht dem christlichen Menschenbild und unserem Grundgesetz und passt nicht zu einer Partei, die sich christlich nennt, betont der Diözesanverband. Daher stößt bei der Diözesanleitung auch die Haltung von NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann als Sprecher der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) auf großes Unverständnis. „An-

scheinend lässt er sich für dieses Ansinnen vereinnahmen, obwohl er doch bisher als Garant für vernünftige Sozialpolitik in seiner Partei galt“, so die KAB. „Wir raten der CDU und der CDA, sich schnellstens vom eingeschlagenen Weg der sozialen Kälte zu verabschieden. Mit Blick auf den CDU-Parteitag Anfang Mai, wo Laumann zum stellvertretenden CDU-Chef gewählt werden soll, wünschen „wir uns mehr Rückgrat bei den christlich-demokratisch denkenden Menschen innerhalb der CDU, damit eine gesellschaftspolitische Perspektive für alle Menschen in unserem Land erkennbar wird.“

Wer bezieht Bürgergeld

Die Gruppe der Bürgergeldbeziehenden ist vielfältig. Sie umfasst nicht nur die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, sondern auch die nicht erwerbsfähigen Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaften, z.B. Kinder oder erkrankte oder erwerbsgeminderte Angehörige.

2023 erhielten rund 5,5 Millionen Menschen Bürgergeld, rund 1,5 Millionen von ihnen waren nicht erwerbsfähige Kinder unter 15 Jahren. Von den verbleibenden rund 4 Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind rund 20 Prozent erwerbstätig. Rund 40 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten war für den Arbeitsmarkt verfügbar. Die übrigen rund 40 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten standen dem Arbeitsmarkt nicht oder nur bedingt zur Verfügung, weil sie sich z.B. in Ausbildung bzw. Studium befanden, Kinder erzogen, Angehörige pflegten oder kurzfristig arbeitsunfähig waren.

(Quelle Caritas)

Mitbestimmung bei Veränderungsprozessen

26. Fachtagung zum kirchlichen Arbeitsrecht



Bild: pixabay

Das kirchliche Selbstbestimmungsrecht und die Einhaltung grundlegender Mindeststandards im kirchlichen Bereich stehen der „Einführung einer Unternehmensmitbestimmung nicht entgegen. Ziel der Mitbestimmung sei es, die Distanz zwischen Management und Mitarbeitenden zu verringern“, erklärte Claudia Schubert, Professorin für Arbeitsrecht an der Hamburger Universität, zum Auftakt der diesjährigen 26. Fachtagung zum kirchlichen Arbeitsrecht. Ein Jahr nach dem Tod von Prof. Dr. Renate Oxenkecht-Witzsch, die die Fachtagung über Jahrzehnte prägte, diskutierten in Eichstätt über 500 Teilnehmende zum Thema „Mittentscheiden – mitgestalten – mitbestimmen. Stärkung der Mitbestimmung bei Veränderungsprozessen“.

Veränderungsprozesse in der Arbeitsorganisation, hervorgerufen durch gesellschaftliche und technische Entwicklungen, so der Düsseldorfer Arbeitsrechtler Dr. Frank Lorenz, bringen Chancen und Risiken mit sich. So stehe beispielsweise der ständigen Erreichbarkeit der Arbeitnehmer durch Homeoffice die Chance gegenüber, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu gestalten. Um Mitbestimmung und Mitarbeitervertretungen unter neuen Rahmenbedingungen zu praktizieren, müssten Freistellungsregelungen angepasst, Beteiligung frühzeitig sichergestellt und mehr Workshops statt konfrontativer Verhandlungen durchgeführt werden. Zudem sollten Innovationsprozesse begleitet und Arbeitszeit neu gestaltet werden. Für eine erfolgreiche Mitbestimmung angesichts neuer Herausforderungen braucht es laut Lorenz eine frühzeitige Beteiligung und interne Qualifizierung.

Auf der zweitägigen Fachtagung wurde zudem in zehn Arbeitsgruppen von kirchlichen und weltlichen Ar-

beitsrechtsexpert:innen verschiedene Aspekte der Themen vertieft, beispielsweise die Unternehmensmitbestimmung im kirchlichen Bereich, die (geplanten) Novellierungen der Mitarbeitervertretungsordnung (MAVO), und das im Januar in Kraft getretene neue Mitarbeitervertretungsgesetz der Evangelischen Kirche (EKD) sowie die Folgen des Hinweisgeberschutzgesetzes (HinSchG) für die Mitarbeitervertretungen. Ferner wurde jeweils eine Auswahl von Entscheidungen der katholischen sowie evangelischen Arbeitsgerichte präsentiert. Nicht zuletzt ging es um datenschutzrechtliche Entwicklungen, den Abbau von Vorurteilen und Machtkonflikten sowie die Prävention von Gewalt am Arbeitsplatz.

Kirche im Sturm

Prof. Dr. Jacob Jousen, seit 2020 verantwortlicher Schriftleiter der im Ketteler-Verlag erscheinenden Zeitschrift „ZMV – Die Mitarbeitervertretung“, informierte über die aktuelle Rechtsprechung im sogenannten weltlichen Arbeitsrecht. Zum Abschluss lud Thomas Schwendele, Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes und der Zentral-KODA zur 27. Fachtagung zum kirchlichen Arbeitsrecht am 10. und 11. März 2025 nach Eichstätt in. Arbeitstitel der nächsten Fachtagung ist „Kirchen im Sturm – kirchliches Arbeitsrecht als Anker?!“

Lennard Dute

Anzeige



Barrierefrei - gruppeneeignet-Panoramalage
 Lift-Hallenbad 30° - Wellness - Sauna - Dampfbad - Kegeln
staatl. anerk. Erholungsort. 90 km Wanderwege, Biergarten, alle Zi. Flachdusche/WC/TV/Fön/Safe/WLAN, Livemusik, Film-, Bingo-, Grillabende. **Beste Ausflugsmöglichkeiten.** Viele EZ. Prospekt anfordern.

Landhotel Spessartruh, Familie Freitag, www.landhotel-spessartruh.de
 Wiesenerstr.129, 97833 Frammersbach, Tel. 09355-7443, Fax -7300

Tarifverträge sind gelebte Wirtschaftsdemokratie



KAB-Sekretär Joachim Kühner sieht in Tarifverträgen die Basis für menschenwürdige Arbeit

Vor 75 Jahren wurde am 9. April 1949 durch den gemeinsamen Wirtschaftsrat der britischen und amerikanischen Besatzungszone das Tarifvertragsgesetz (TVG) verabschiedet. Nachdem im Nationalsozialismus freie Tarifverhandlungen verboten waren und durch staatliche Verordnungen ersetzt wurden, wurde mit dem Tarifvertragsgesetz der gesetzliche Rahmen für die Wiederherstellung autonomer Tarifverhandlungen geschaffen. Mit der Verkündung des Grundgesetzes im Mai 1949 erhielt nur wenige Wochen nach dem TVG die Tarifautonomie – abgeleitet aus der Koalitionsfreiheit in Artikel 9 Absatz 3 GG – sogar Verfassungsrang. Dies leitete eine wirtschaftsdemokratische Neugestaltung der Arbeitsbeziehungen ein, die zugleich einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Neuordnung Deutschlands leisten sollte. Im Wesentlichen geht es um die Bestim-

mung der Tarifvertragsparteien, die Festschreibung der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages sowie die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung als wesentliches Instrument zur Absicherung des Tarifvertragssystems, so Prof. Thomas Schulten, Leiter des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Schutzlos ohne Tarif

Über mehrere Jahrzehnte hinweg waren demnach in Deutschland zwischen 80 und 90 Prozent aller Beschäftigten an einen Tarifvertrag gebunden. Doch seit Mitte der 1990er-Jahre befindet sich das deutsche Tarifvertragssystem in einem schleichenden Erosionsprozess. Heute arbeitet nur noch etwa die Hälfte aller Beschäftigten in Unternehmen mit Tarifvertrag. Besonders Gründer und

Inhaber neue Start-Ups und junge Unternehmen der Plattformökonomie wie die Lieferdienste Lieferando, Gorilla, Wolt und andere sträuben sich dagegen, Tarifverträge für gerechte Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen anzuwenden. Zum Valentinstag hatte die KAB im Bistum Rottenburg–Stuttgart gemeinsam mit der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) und Betriebsratsmitgliedern von Lieferando für Tarifverträge geworben. „Das Ziel ist es, unsere Arbeitssituation darzustellen und unsere Anliegen an die Öffentlichkeit zu bringen“, meint der Stuttgarter Lieferando-Betriebsrat Lukas Frey. Er steht gemeinsam mit KAB-Sekretär Joachim Kühner am Infostand von KAB und NGG direkt von der Lieferando-Zentrale in der Stuttgarter Innenstadt und spricht Passanten an.

Wir lieben Tarif

Mit einem pinkfarbenen Bilderrahmen mit dem Motto „We love Tarif“ können sich Passanten ablichten lassen und werden über die Forderungen informiert. „Neben der Forderung nach einem Tarifvertrag geht es um die Basics“, so Rider Frey. Und das sind, ein Basislohn mit einem Stundenlohn von 15 Euro, wie ihn die KAB als Mindestlohn fordert, 30 Tage Urlaub, ein 13. Monatsgehalt und die Bezahlung der letzten Fahrt vom Arbeitsplatz nach Hause. „Vor allem wollen wir das unsichere Bonussystem abschaffen, denn das führt monatlich zu Schwankungen beim Verdienst von einigen hundert Euro.“

Die Unterstützung von KAB und Gewerkschaft ist wichtig für die Rider. Magdalena Krüger von der NGG Region Saar. Wir wollen für einen Tarifvertrag kämpfen“. Doch die Gewerkschafterin weiß auch, dass dies eine Machtfrage ist und Unterstützung auch von den Mitarbeitenden benötigt. „Mit dem Standort vor der Zentrale hoffen wir einige Beschäftigte mit ins Boot zu bekommen und als Mitglied zu gewinnen“, so Krüger.

Tarifverträge sind Basis für gerechte Löhne

„Wir als KAB machen mit, weil wir uns direkt vor Ort für gute Arbeit und

menschenwürdige Arbeitsbedingungen einsetzen“, betont Joachim Kühner. Die KAB unterstützt nicht nur die Forderungen nach 15 Euro Stundenlohn, 50 Cent Kilometergeld bei Fahrt mit Lieferung mit eigenem Pkw und Urlaubszeit, sondern auch die Forderung nach Tarifverträgen. „Tarifverträge sind die Basis für ein gutes, gerechtes Miteinander im Betrieb“, so Kühner.

Münster: Petitionsstart für Tarifverträge

„Lohnungerechtigkeit jetzt! – Tarifbindung stärken“ fordern auch Mitglieder der KAB im Bezirk Hamm-Münster-Warendorf. Auf ihrer jüngsten Bezirksversammlung starteten sie eine Online-Petition. Denn der Anteil der Jobs mit Tarifbindung von ehemals 85 Prozent in der Metallindustrie ist auf nur 50 Prozent gesunken. Große Betriebe schaffen immer

mehr „tariffreie Zonen“ oder schließen erst gar keine Tarifverträge mehr ab. Dieser Entwicklung will die KAB im Bistum Münster mit einer Kampagne für mehr Tarifbindungen der Unternehmen entgegenwirken.

In der Petition ermahnt die KAB Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, die 2022 verabschiedete EU-Richtlinie, die eine grundlegende Stärkung der Tarifbindung vorsieht, umzusetzen. Die KAB Münster mit Vorsitzendem Wolfgang Kollek fordert daher Rahmenbedingungen für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu verbessern, ein bundeseinheitliches Tariftreuegesetz und dass Wirtschaftsförderung und die Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen gehen dürfen sowie, dass ausgehandelte Tarifverträge für alle Arbeitnehmende gelten, auch für Werkverträge und Leiharbeit. Die Online-Petition wird bei weact/campact geführt.



Lieferandofahrer Lukas Frey ist als Betriebsrat aktiv.



Vor der Stuttgarter Lieferando-Zentrale wurden die Anliegen öffentlich. Fotos: Film NGG



Starteten eine Online-Petition für Tarifbindung: der KAB-Bezirk Münster-Hamm-Warendorf. Foto: KAB

DV AUGSBURG

Stiftungsjubiläum



Bild v.l.n.r. Vorstand Renate Hofner und Arthur Koschate, Gründungsmitglied Josef Stöckle, Domvikar Dominik Zitzler, Peter Full (Geschäftsführer), Marianne Steppich
Foto: Fitzka

Gleich zwei Gründungsmitglieder wurden zum 140. Geburtstag des KAB-Widerstandskämpfers Hans Adlhoch mit dem Ulrichkreuz von Vorsitzendem Arthur Koschate ausgezeichnet. Das Ulrichkreuz in Gold wurde im Auftrag von Bischof Bertram Meier verliehen. Die Ausgezeichneten Erika Huber und Josef Stöckle waren Gründungsmitglieder der Hans und Anna Adlhoch-Stiftung, die

heuer ihr 40-jähriges Bestehen feierte. Hans Adlhoch war KAB-Sekretär in Augsburg und Vizepräsident des Stuttgarter Katholikentages. Weil er stets Stellung gegen die Nationalsozialisten bezog, verhaftete ihn die Gestapo erstmals im Juni 1933. Auch in den Folgejahren wird er wiederholt inhaftiert und misshandelt. Am 21. Mai 1945 starb er an den Folgen des KZ-Aufenthaltes.

DV TRIER

Kirchensteuer auf Abfindungen

Angesichts der ungewissen Zukunft der Mitarbeiter bei den Ford-Werken Saarlouis und deren Zulieferer informiert die KAB Trier die Betroffenen, bei Abfindungen aus dem Sozialtarifvertrag formlos beim Bistum auf Kappung oder Reduzierung der Kirchensteuer bis zu 50 Prozent zu beantragen. Von der Schließung im kommenden Jahr sind rund 4.300 Arbeitsplätze direkt bei Ford und rund 2.000 bei Zulieferern von der Vernichtung bedroht.



Diese Möglichkeit, so KAB-Saar-Bezirksvorsitzender Alfred Staudt, kann bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und deren Familien zu

einer gewissen Entlastung der angespannten Lage durch den Wegfall des Arbeitsplatzes führen.

DV REGENSBURG

Besuch bei Freunden

Eine Delegation der Regensburger KAB machte sich mit einem Partnerschaftsbesuch in Uganda ein Bild über die Projektarbeit der CWM-Basisgruppen. Mit der Förderung nachhaltiger Projekte werden besonders Frauen unterstützt. Nähkurse für mittellose Frauen, Catering-Serviceangebote und ein kleiner Schulkiosk sind Selbsthilfeprojekte sowie landwirtschaftliche Projekte wie Baumpflanzaktionen und Schweinezucht sind Grundlagen für eigenständige Einkommen der Projektteilnehmer. Betreut werden sie von ugandischen „CWM Field Secretaries“, die auch die korrekte Verwendung der Spenden aus Deutschland kontrollieren.



Besuch bei der Partnerbewegung in Uganda.

Foto: K. Winterlich

DV WÜRZBURG

KAB und DGB fragen Arbeitnehmende

Home-Office wird immer wichtiger. Doch wie sieht es aus mit der Zufriedenheit? Laut einer Umfrage des KAB Diözesanverbandes Würzburg bewerteten 65,2 Prozent der insgesamt 549 Online-Befragten Home-Office positiv. Dieses Ergebnis der KAB-Studie spiegelt sich auch in der Untersuchung des DGB-Index zu Guter Arbeit wider, wo jeder Dritte, der von zu Hause arbeitet einen Vorteil in der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sieht. 26 Prozent sahen in der wegfallenden Fahrzeit zur Arbeit einen wichtigen Grund. Für ein Viertel der DGB-Befragten, die von zu Hause arbeiten, sind betriebliche Anordnungen oder eine Arbeitsüberlas-

tung Gründe da-für, ihre Arbeit in den eigenen vier Wänden zu erledigen. In Deutschland hatte bereits vor der Corona-Krise jeder fünfte Beschäftigte von zu Hause gearbeitet. Knapp 15 Prozent haben laut KAB-Studie negative Erfahrungen mit mobilem Arbeiten gemacht. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die DGB-Befragung von 6.300 abhängig Beschäftigten. So erklärten knapp 40 Prozent, dass im Home-Office erwartet wird, außerhalb der „normalen“ Arbeitszeit erreichbar zu sein. Anfang April hatte die KAB Würzburg die Ergebnisse in der KAB-Veranstaltungsreihe „Ideen – Initiativen – Impulse“ online vorgestellt.

DV MAINZ

Kochen für Obdachlose

Unter diesem Leitwort veranstaltete die KAB-Ortsverein Hechtsheim im Diözesanverband Mainz im März ein Benefizkonzert zugunsten wohnungsloser Menschen. Die Frauen

und Männer der KAB Hechtsheim kocht alle acht Wochen in der „Pfarrer-Landvogt-Hilfe“ ein komplettes Menü für über 60 hilfsbedürftige Personen.



KAB-Mitglieder aus dem Diözesanverband Mainz kochen regelmäßig für Obdachlose.
Foto: KAB

DV AACHEN

Woche für das Grundgesetz



Uwe Schummer wirbt mit der KAB für die Beteiligung an der Europawahl.
Foto: KAB

Rund um den 23. Mai hat die KAB Niederrhein im Bistum Aachen auf das Jubiläum „75 Jahre Grundgesetz“ aufmerksam gemacht. Gleichzeitig will die KAB unter dem Motto „Geht wählen. Wählt demokratisch.“ im Bistum für die anstehende Europawahl mobilisieren. Uwe Schummer verweist darauf, dass die „KAB im Widerstand zum Nationalsozialismus“ stand und die „Bonner Republik“ geprägt habe. Aus dieser Erfahrung heraus gebe es seit 2019 auf Bundesebene die „Unvereinbarkeit mit der völkisch-braunen AfD“. Der bisherige Bezirksvorsitzende Uwe Schummer aus der Stadt Willich teilt sich nun den Vorsitz mit Nicole van Montfort aus Brüggen. Der Sozialverband KAB sieht sich als „Stimme der Arbeit und Kirche in der Arbeitswelt“.

DV MÜNSTER

Rechtssekretär gesucht

Der KAB-Diözesanverband Münster sucht für sein Team im Berufsverband eine Rechtssekretärin oder einen Rechtssekretär. Neben der Beratung, Hilfe und Vertretung der KAB-Mitglieder bei Problemen im Sozial- und Arbeitsrecht gehören zu der 100-Prozent-Stelle auch Aufgaben als Referent zu den Tätigkeiten. Noch bis zum 31. Mai 2024 können sich Interessent:innen bewerben.

Mehr unter: www.kab-muenster.de

DIE STÄRKE DER KAB-VEREINE

BRACHT. Die KAB-Pfarrgruppe St. Maria Himmelfahrt hat einmal mehr bewiesen, welche Kraft und welches Potenzial Vereine der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung in Deutschland entfalten können. Zur Jahreshauptversammlung konnte Vorsitzender Willi Leven gleich zwei Hilfsaktionen vermelden, die ohne die Solidarität und das Engagement der Vereinsmitglieder nicht möglich wären. So konnte im letzten Jahr unter dem Motto „Ein Jahr für die Ahr“ 7.000 Euro Hilfe an die vom Hochwasser 2021 betroffene Gemeinde Fuchshoven im Bistum Trier geleistet werden. Aus der Hilfsaktion sind Bekanntschaften und Freundschaften durch Besuche entstanden. Auch international leistet die KAB Bracht Solidarität. Der Arbeitskreis „Dritte Welt“, der seit Jahren Projekte in dem Partnerland San Salvador unterstützt, konnte 4.500 Euro Hilfsgelder überweisen. Möglich wird dies nur durch engagierte Mitglieder und eine Treue zur KAB. So konnte Willi Leven, der für zwei Jahre als Vorsitzender wiedergewählt wurde, die Eheleute Waltraut und Josef Polmans für



Ehrung der Eheleute Waltraut und Josef Polmans für 50-jährige Mitgliedschaft in der KAB.

Foto: KAB

50-jährige Mitgliedschaft in der KAB ehren. Josef Polmans war ab 1976 fünfzehn Jahre Geschäftsführer der Ortsgruppe. Gut 100 Veranstaltungen stehen auf dem Programm des KAB-Vereins in diesem Jahr.

BUNDESTAGSPRÄSIDENTIN BEIM FRAUENKREIS



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (Mitte) und KAB-Organisatorin Doris Mayer (rechts). Foto: KAB

XANTEN. Politik und Europa war das Thema des KAB-Arbeitskreis Frauen am Niederrhein im Rahmen des Frauentages. Referentin war Bundestagspräsidentin Bärbel Bas. Die Duisburger SPD-Abgeordnete stand den gut 30 Frauen des Arbeitskreises Rede und Antwort. Themen wie ungleicher Lohn für Frauen bei gleicher Arbeit, die Struktur der politischen Entscheidungen in der Europäischen Union und nicht zuletzt das Thema Prostitution in Europa und Deutschland und die Frage: Wieviele erleben sie als Ausbeutung, wieviele sehen darin eine Chance auf Arbeit? Für die KAB-Frauen Themen, die sie mit der Politikerin Bas ausreichend erörtern konnten. Die Rolle der Frau sei eng verknüpft mit der Rolle Europas als Wirtschaftskraft und als Vorreiter in der Weltgemeinschaft.

„Wir erlebten eine rege Diskussion, in der nicht alle Fragen beantwortet konnten und neue hinzukamen“, berichtet Doris Mayer vom Arbeitskreis Frauen, die den Politiktalk organisiert hatte. Dass die Bundestagspräsidentin trotz engem Terminkalender noch zu Kaffee und Kuchen blieb, eröffnete die Möglichkeit, Privates von Bas zu erfahren. Die Bundestagspräsidentin ist nach Artikel 40 des Grundgesetzes die Person, die den Bundestag und damit das unmittelbar vom Volk gewählte Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland repräsentiert.

MUNDGERECHT GEGEN RECHTS

KIRCHHELLEN. In der Diskussion mit Arbeitskollegen, beim Grillen mit dem Sportverein oder beim Familienfest am Kaffeetisch fallen rassistische Sprüche, bei denen wir denken: He, geht's noch? Vielen verschlägt es in diesem Moment die Sprache. Später ärgern wir uns und denken, da hätten wir gern den Mund aufgemacht, widersprochen, die rechten Parolen nicht einfach so stehen gelassen. Unter dem Namen „Stammtischkämpfer-Seminar“ bietet das bundesweit agierende Bündnis „Aufstehen gegen Rechts“ ein Format an, das die Teilnehmenden in die Lage versetzt, schneller deutlich Position zu beziehen. Daran beteiligt hat sich auch die KAB St. Josef, Grafenwald gemeinsam mit der kfd Anfang Mai.

GEBURTSTAG MIT VORSTANDESSEN

STOCKHEIM. Wer, wie die KAB, sich einsetzen will für den Schutz des Sonntags oder einer Rente für Mütter braucht Frauen und Männer, die sich engagieren und dem Verband treu sind. Hubert Busse, Vorstandsmitglied der KAB Stockheim, nutzte daher seinen 85. Geburtstag, um die treuen Mitglieder Marion Simon und Klothilde Kürzinger (50 Jahre Mitgliedschaft) und Katharina Nickol (40 Jahre) bei einem erweiterten Vorstandessen zu ehren. Wie wichtig der Verband, der in Stockhausen seit 120 Jahren sich engagiert, für die Gemeinde ist, unterstrich dabei Bürgermeister Rudi Jaros. „Die KAB ist über die ganzen Jahre ein starker und lebendiger Sozialverband, der sich zum Wohl unserer Mitmenschen als Interessenvertretung für die Arbeitnehmer/innen, besonders für Familien, für ältere und benachteiligte Menschen in Sinne der Katholischen Soziallehre engagiert“.



Das Erinnerungsfoto zeigt in der Mitte das Geburtstagskind Hubert Busse, dann (v.r.) 2. Bürgermeister Rudi Jaros, Klothilde Kürzinger, Marianne Simon und Diakon i.R. Wolfgang Fehn

KREUZWEG DER ARBEIT

AACHEN. Der Kreuzweg der Arbeit führte nach dem Start in der Kirche St. Katharina in diesem Jahr KAB-Mitglieder quer durch Aachen. Teilnehmende trugen Kreuze, auf denen Gruppen von Menschen benannt werden, die es nicht so gut in unserer Gesellschaft haben, die Ausgrenzung und Benachteiligung erfahren. Von einer Bäckerei, wo um die Sorgen des täglichen Brotes, von CAJ-Mitglieder ins Bewusstsein gebracht wurden. Oder an einer Tankstelle, wo an die unmenschliche Rede von Remigration und das Schicksal von Flüchtlingen in eindringlichen Worten erinnert wurde.



Teilnehmende des Aachener KAB-Kreuzwegs der Arbeit – mit Kreuzen – erinnerten an benachteiligte Menschen in unserer Wohlstandsgesellschaft. Foto: Thomas Hohenschue

UMZUG ZUM MARKTPLATZ

WALDMÜNCHEN. Das KAB-Institut kifas ist Mitte April in neu sanierte Räume am Waldmünchener Marktplatz umgezogen. Die neuen Büroräume und der Konferenzraum sind groß, funktional, hell und freundlich. Zum Umzug kamen auch der Bundesvorstand Andreas Luttmer-Bensmann und Stefan Eirich sowie Verbandsreferent Dr. Michael Schäfers, die von den neuen Räumlichkeiten begeistert waren. Auch die bayerischen KAB-Diözesanverbände und die LAG Bayern schickten Vertreterinnen und Vertreter zur feierlichen Einweihung. In seiner Festrede ging Dr. Michael Schäfers auf den Zusammenhang von Bildung und Demokratie ein, denn „wer seine Rechte nicht kennt, kann seine Pflichten nicht einbringen“. Die kifas GmbH, die im Kerngeschäft Mitarbeitervertretungen schult, stehe für mehr als Wissensvermittlung, sondern auch für sozialen Zusammenhalt und für „Bilden – Bewegen – Beteiligen“.

SOS in bayerischen Kitas

Klatschen und Sonntagsreden der Bayerischen Landesregierung wollen sie schon lange nicht mehr hören. Beschäftigte in den Kindertagesstätten und Kindergärten des Freistaates. Seit Jahrzehnten fühlen sich Kita-Beschäftigte von den politisch Verantwortlichen übergangen. Sibylle Schuster, Geschäftsführerin der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) München und Freising und Leiterin der KAB-Facharbeitsgruppe Kindertagesstätten, hatte daher gemeinsam mit dem Verband Kita-Fachkräfte Bayern zu der Podiumsveranstaltung unter dem Titel „SOS in den bayerischen Kitas“ eingeladen.

„Kita-Fachkräfte fühlen sich mit ihren Sorgen und Nöten in den Einrichtungen von der bayerischen Staatsregierung allein gelassen. Mehr Personal, kleinere Gruppen und eine bessere Finanzierung ihrer Arbeit“, fasste Schuster die Anliegen der Beschäftigten zusammen.

Kita-Plätze fehlen

In der Stadt Freising hätten bereits im Vorjahr 680 Kita-Plätze gefehlt, berichtete Christine Muschalla, Kita-Verbandsleiterin. Aufgrund der dünnen Personaldecke komme es vor,

dass Beschäftigte aller Qualifikationsstufen mit den Kindern allein seien. Tatsächlich werde der Betrieb oft noch aufrechterhalten, wenn Einrichtungen eigentlich wegen Fachkräftemangels geschlossen werden müssten. Auch wenn Ex-Staatsministerin Melanie Huml, die im Auftrag von Sozialministerin Ulrike Scharf an der Diskussion teilnahm, die Mittel der Landesregierung hervorhob und weitere Einstellungen versprach, bleibt die Situation mehr als angespannt. Ein rein zahlenmäßiges Personalwachstum gehe am Problem vorbei, so die Kita-Expertin Schuster. Konkreter Vorschlag an die Landespolitik sei ein verbesserter Anstellungsschlüssel, in den Kita-Leitungen nicht eingerechnet werden.

Der Personalmangel in diesem wichtigen Erziehungsbereich, in dem die Startchancen der Kinder für die Zukunft gelegt werden, ist katastrophal, weit über die bayerischen Grenzen hinweg. Auch in anderen Bundesländern bleiben Kitas geschlossen und Eltern müssen ihre Kinder selbst betreuen, weil Personal fehlt. Die Kitas



seien chronisch unterfinanziert. Im Jahr 2023 fehlten in deutschen Kindertageseinrichtungen laut Berechnung der Bertelsmann Stiftung rund 98.600 Erzieherinnen und Erzieher, um die gesetzlich garantierte Kindertagesbetreuung zu gewährleisten. In Bayern fehlten in Kitas 2023 14.500 Fachkräfte.

„Die Leitungen sind es leid, dass sich Land, Bund und Kommunen die Verantwortung zuschieben. Am Ende müssen die Eltern bezahlen. Manche können das aber schlichtweg nicht. Dadurch erzeugen wir soziale Spaltung.“ Dass es in den Kitas Bayerns und anderen Bundesländern „brennt“, machte auch die große überregionale Medienresonanz der KAB-Veranstaltung deutlich. Kita-Fachkräfte bedankten sich bei der KAB, dass sie das Thema in die Öffentlichkeit gebracht hat.



Kinderarmut: Heftige Kritik an FDP

Es ist ein Skandal, dass die dringend notwendige Umsetzung der Kindergrundsicherung durch interne Streitigkeiten innerhalb der Regierungskoalition blockiert wird“. Dies betonte Bundesvorsitzender Andreas Luttmmer-Bensmann angesichts der monatelangen Streitereien zwischen dem Bundesfinanzminister Lindner und Familienministerin Lisa Paus.

Die KAB kritisiert, dass „auf Kosten der Zukunft von Kindern und Jugendlichen aus finanzschwachen Familien billige Profilierungen im Vorwahlkampf seitens der Freien Demokraten betrieben“ werde.

Dies erklärt die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB). „Hier werden auf Kosten der Zukunft von Kindern und Jugendlichen aus finanzschwachen Familien billige Profilierungen im Vorwahlkampf seitens der Freien Demokraten betrieben“, betont Andreas Luttmmer-Bensmann, Bundesvorsitzender der KAB Deutschlands. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut oder ist von Armut betroffen. Um schnell und unbürokratisch Hilfe und Unterstützung mit einer Kindergrundsicherung zu leisten, sei mehr Personal notwendig, so der katholische Sozialverband. „Die Beseitigung der Kinderarmut gibt es nicht zum Nulltarif“, so Luttmmer-Bensmann.

DOPPELT!



Profilierungsversuche der Liberalen gefährden den Sozialstaat

Die KAB Deutschlands fordert daher Bundesfinanzminister Christian Lindner auf, seine Blockadehaltung innerhalb der Regierungskoalition aufzugeben. Denn die Einführung der Kindergrundsicherung bekämpft Kinderarmut und erhöht die Chancengleichheit für Kinder aus ärmeren Haushalten. Besonders betroffen sind meist Alleinerziehende und ihre Kinder. Die Armutsgefährdungsquote für Kinder sinkt unmittelbar nach der Einführung um 1,8 Prozentpunkte und bis 2050 um drei Prozentpunkte von 21,6 auf 18,6 Prozent. Damit geht die Anzahl armutsgefährdeter Kinder um 440.000 zurück, so eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Der KAB-Bundesvorsitzende kritisiert, dass die Profilierungsversuche der FDP den Sozialstaat nicht nur in Frage stellen, sondern ihn auch zerstören. „Wir brauchen endlich ein klares Machtwort von Bundeskanzler Olaf Scholz, damit die Politikvorgaben aus dem Koalitionsvertrag endlich umgesetzt und Kinder aus der Armut geholt werden“, so Luttmmer-Bensmann.

Anzeige



5%
Beitragsvorteil
exklusiv
für Sie

Sicherheit für ein aktives Leben.

Als Mitglied der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. erhalten Sie exklusive Konditionen.

Die ERGO Unfallversicherung sorgt dafür, dass Ihre Lebensqualität auch nach einem schweren Unfall erhalten bleibt. Mit finanziellem Schutz und persönlicher Beratung. Unsere Unfallversicherung „Smart“ oder „Best“ können Sie ganz einfach um individuelle Bausteine erweitern.

Haben Sie Interesse?

Dann wenden Sie sich an uns:

ERGO Beratung und Vertrieb AG, ERGO AO/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)



Mehr darüber erfahren Sie unter:
www.ergo.de/vereine-und-verbaende

ERGO

Einfach, weil's wichtig ist.

Wirtschaftliche Gleichstellung

Eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter kann es nur über den Weg wirtschaftlicher Gerechtigkeit für Frauen geben!“ Dies betonte die katholische Arbeiterbewegung Ruandas MTC zum diesjährigen Welttag der Frauen. In Ruanda besitzen die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Wirtschafts- und Entscheidungsmacht von Frauen den Rang von Staatszielen in der Entwicklung des Landes. So schreibt die Verfassung von 2003 fest, dass jedes entscheidungsgebende Gremium einen Frauenanteil von mindestens 30 Prozent haben muss.

Seither ist die Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung von Frauen einfacher geworden. Die



öffentliche Aufmerksamkeit und Fürsprache für Frauenthemmen wurde kontinuierlich gestärkt, was zu einer zunehmend gendersensiblen Politik und entsprechenden Maßnahmen geführt hat. Zahlreiche Initiativen in den Bereichen Bildung und Unternehmertum bieten flankierende Unterstützung für kreditwürdige Projekte, die insbesondere Frauen und Mädchen zugutekommen. Dies sichert ihre wirtschaftlichen Perspektiven. Dank der bisherigen Bemühungen konnte Ruanda eine Vorreiterrolle einnehmen, so die MTC. Der Frauenanteil im Parlament beträgt sage und schreibe 61,3 Prozent. In Deutschland dagegen liegt der Frauenanteil bei lediglich 35,4 Prozent.

Weltnotwerk: Abschied beim Aktiventreffen

Der langjährige Geschäftsführer des Weltnotwerk der KAB Deutschlands, Norbert Steiner, wurde beim Weltnotwerk-Aktiventreffen Mitte April im KönzgenHaus in Haltern feierlich verabschiedet. Weggefährten, Freunde und Mitstreiter auf internationaler Ebene sowie aus vielen KAB-Partnerländern der Erde be-



Norbert Steiner wurde in Haltern feierlich verabschiedet.

dankten sich per Video bei Steiner für die fruchtbare Zusammenarbeit und wünschten ihm weiterhin viel Glück. Die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der internationalen Arbeit der KAB diskutierten und planten die Zukunft des international tätigen KAB-Hilfswerks. „Wir haben am Ende des Treffens eine gute Organisationsentwicklung hinbekommen haben. Jetzt geht’s auf die Road-map“, erklärt Andre Gulbins von der KAB Aachen am Ende der Tagung.

Mit dem Aktiventreffen wurden auch die Bilder des Kölner Malers Günter H. Winckler zum Verkauf angeboten. „Die Erlöse der Afrika-Bilder“, so Weltnotwerk-Mitarbeiterin Jutta Simon, „kommen als Spende der internationalen Arbeit von Weltnotwerk der KAB zugute“.

Anzeige

Mit der katholischen Arbeiterbewegung Tansanias (CWM) helfen wir Frauen in Not



„Wir müssen dafür sorgen, dass die Uhr in Bezug auf Frauenrechte vorwärts läuft. Die Zeit zum Handeln ist gekommen.“

UN-Generalsekretär Guterres

Spenden Sie unter dem Verwendungszweck „Frauen-24“ an den Weltnotwerk e.V.

IBAN: DE80 3706 0193 0016 1510 25

BIC: GENODED1PAX

und unterstützen Sie unsere Arbeit in Tansania!



Ortsbesuch Kamerun – Hilfe zeigt Wirkung

Projekte vom Ende denken, Mittel wirkungsorientiert einsetzen und die Leistung der Partnerorganisationen im Süden sichtbar machen, gehört zu den Aufgaben des Weltnotwerks und seiner internationalen Teams in den Diözesen der KAB Deutschlands.

Ein Mitglied des Internationalen Teams im Diözesanverband Köln war im März in Kamerun als Senior Experte Einsatz.

Da die KAB im Erzbistum Köln auch eine Partnerschaft mit Kamerun pflegt, nutzte Hans-Georg Lülldorf vom KAB-Stadtverband Köln die Gelegenheit, um mit Vertreterinnen und Vertretern der Nationalleitung der MTC (Movement Travail Catholique) Kameruns die wirkungsorientierte Vorgehensweise des Weltnotwerks vorzustellen und wirkungsorientierte Projektplanung zu besprechen.

Im Mittelpunkt Beteiligung

Die Bedeutung der Beteiligung der Mitglieder in den Basisgruppen stand im Mittelpunkt. Es sind die Basisgruppen, die die Bewegung ausmachen.



Frauen der MTC in Kamerun produzieren und vermarkten Einkaufstaschen.

Die Mitglieder pflegen den Austausch, leben Gemeinschaft und übernehmen sozialpolitische Verantwortung. Ein besondere MTC-Frauengruppe konnte Hans-Georg Lülldorf Ende Februar in Baham in Kamerun besuchen. Die Frauengruppe ist seit Jahren sehr aktiv. Die Frauen produzieren und vermarkten diese schönen Einkaufstaschen.

Neues Saatgut gegen Klimawandel

Sie unterstützen seit Jahren mit diesem Näh-Projekt Flüchtlinge aus

dem Bürgerkriegsgebiet Kameruns. Sie haben außerdem einen Solidaritätsfonds angelegt, durch den sie sich gegenseitig helfen können (für Arztbesuche und Schulgeld für ihre Kinder).

Die Frauen überzeugen durch ihren transparenten Umgang mit den Finanzen. Sie nehmen die eigenen Probleme in die Hand. Aktuell bilden sie sich gemeinsam weiter, um auf die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels zu reagieren. Dies beinhaltet, dass Anbau und Saatgut den neuen klimatischen Bedingungen angepasst werden müssen, um eine gute Ernte auf ihren Feldern zu ermöglichen. Hilfe erhalten die Mitglieder der Kameruner MTC von Caritas International. Damit die Bevölkerung mittelfristig genug Nahrungsmittel und ein zusätzliches Einkommen hat, bekommen 160 Familien Saatgut, Geräte und Schulungen, um Gemüse anzubauen. Andere Familien werden dabei unterstützt, Obstbäume zu pflanzen und zu pflegen. Die MTC Kamerun testet mit Hilfe der CARITAS ihrer Diözese neue Bohnensorten.



Projektplanung mit der Nationalleitung der MTC Kamerun.

Foto: Lülldorf

Ich habe Gott in mir gespürt

Es gibt im Leben ganz bestimmte Abschnitte, wo Du an Kreuzungen deines Lebens stehst“, sagt Silvia Steinberg. Für die ehemalige Mitarbeiterin der KAB im Bistum Münster war es der Dienstag, der 21. November 1995. Die Kreuzung in ihrem Leben war die Straße. Sie war mit ihrem Fahrrad unterwegs, als sie von einem Bus erfasst wird. Sie geriet unter den Bus, erleidet Knochenbrüche, innere Verletzungen und wacht im Krankenhaus mit einer inkompletten Lähmung ab der Hüfte auf.

Damals war sie 28 Jahre alt und Berufsanfängerin mit einer Stelle im kirchlichen Management. Als junge Diplom-Theologin hatte sie eine gute Stelle, wie sie erzählt. Sie rechnet sich berufliche Perspektiven aus, um im Jugend-Bereich ihre Arbeit zu entwickeln. Doch der plötzliche Unfall, wo sie buchstäblich dem Tod ins Auge sieht, verändert alles. Schneidet quasi alles Bisherige ab.

Die berufliche Perspektive löst sich schlagartig in der existenziellen Bewältigung des Alltags auf. Dieser neue Alltag war bestimmt von der Frage: „Wie geht es mit meinem Körper und den schweren Verletzungen im Beckenbereich, der Kalottenfraktur am Kopf und dem Trümmerbruch im Lendenwirbelbereich weiter?“ Sie liegt auf der Intensivstation der Bergmannsheil-Klinik in Bochum. „Ich konnte weinen, ich konnte schreien, ich konnte sprechen, ich konnte schlafen, alles andere konnte ich nicht“. Und doch war es etwas mehr, als mancher ihrer Bettnachbarn, die nach einem Unfall ab dem Hals gelähmt sind.

Hilfe erfährt sie in dieser Situation von Pflegekräften und Ärzten in der Bergmannsheil-Unfallklinik in Bochum, ihrem Freund, den Eltern und Brüdern. Nicht zuletzt hat ihr Gott, mit dem sie zuweilen haderte und schimpfte, und ihr Glaube, nach der Nahtoderfahrung und der Angst vorm Sterben ihr ein tiefes Vertrauen gegeben. „Ich habe Gott in mir sehr intensiv gespürt. Hab keine Angst, vertraue! Es wird wieder gut“.

Dieses große Vertrauen hat sie, trotz Lähmung, trotz Rollstuhl, trotz der Hilfe durch andere. Es entsteht durch dieses Vertrauen eine Kraft, weiterzumachen, Stück für Stück sich den Alltag durch klinische und ambulante Reha-Maßnahmen zurückzuholen.

Gut einen Monat nach dem Unfall wird sie dafür be-

lohnt. Am 24. Dezember, dem Heiligabend 1995, spürt sie zum ersten Mal wieder ein Zucken der rechten Fußzehe, wo zuvor nur Taubheit und Lähmung war. Auch der linke Fuß war plötzlich spürbar. „Es war das schönste Weihnachtsgeschenk, dass ich je erhalten habe!“, sagt sie, denn der Verlust der funktionierenden Beine war das Schlimmste. Das Kribbeln im Zeh ist ein zusätzlicher Auslöser. Nach dem Motto „da geht was“, trainiert sie konsequent. Sie informiert sich, wie sie ihre Gesundheit weiter verbessern kann, wie sie wieder „auf die Beine kommen kann“.

Nach drei Monaten verlässt sie das Krankenhaus und macht sich einen ambitionierten Therapieplan. Die innere Einstellung, sich selbst zu helfen und sich helfen zu lassen, bringt sie wieder auf die eigenen Beine, lässt sie wieder aufstehen.

Gut ein Jahr später versucht Silvia Steinberg, wieder auf ein Fahrrad zu steigen. Beim Aufsteigen aufs Rad fällt es dem Körper leichter als der Psyche. Das Trauma ist weiterhin lebendig. Doch auch das schafft sie. Sie wandert, besteigt mit Freunden Berge so gut es geht und macht eine Reise nach Indien, die sie auch nach Varanasi an den Ganges führt.

Dort erfährt sie einen anderen kulturellen Umgang mit Tod, der für sie zu einer Schlüsselerfahrung wird. Überhaupt sind die Erfahrungen mit und nach dem Schicksalsschlag – so komisch es klingt – ein Schatz für ihr Leben, aus dem sie weiterhin schöpft. „Den Unfall möchte ich, trotz der Schmerzen und Einschnitte in mein Leben, nicht missen. Er war ein Wendepunkt in meinem Leben“, erzählt sie. In der Coronazeit, die das ganze Land in einen Lähmungszustand versetzte, beginnt sie, Aufzeichnungen aus der Zeit zu einem Buch zu verarbeiten. „Aufstehen und mit dem Leben tanzen“ ist der Titel, der auch anderen Mut machen soll.

Mut, Kraft und viel Erfahrung bringt sie in ihrer freiberuflichen Arbeit als Dozentin und Gesundheitsberaterin mit ein. Ihre Themen sind: Gesundheit und Selbstfürsorge, Palliative Care, Umgang mit Tod und Sterben, Spiritualität und Naturerfahrung. Kein Wunder also, dass Silvia Steinberg zu den Bottroper Powerfrauen, einem Netzwerk örtlicher Unternehmerinnen aus unterschiedlichsten Branchen, gehört, die sich vor fünf Jahren zusammengeschlossen haben.



Die Sprache des Kapitalismus

Mit Begriffen wird Politik gemacht,
sie schaffen Realitäten und festigen Machtstrukturen

Von „Reform“ sprachen SPD-Kanzler Gerhard Schröder und sein Arbeitsminister Franz Müntefering, als sie nach der Jahrtausendwende mit der Agenda 2010 die massivsten Sozialkürzungen der deutschen Nachkriegsgeschichte durchsetzten. Sie nutzten einen sprachlichen Terminus, den ihr Parteifreund Willy Brandt einst ganz anders verwendet hatte: als positiv besetzte Beschreibung für gesellschaftlichen Fortschritt.

Ein Jahrzehnt später berief sich der damalige CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble auf die „schwäbische Hausfrau“. Mit dieser Floskel wollte er seinen rigiden Sparkurs im Bundesetat – und seine kompromisslose Haltung im europäischen Streit um die griechischen Staatsfinanzen – rechtfertigen. Das von ihm propagierte Festhalten an der Schuldenbremse, gerne auch „Schwarze Null“ genannt, führte in den Folgejahren zu einem Investitionstau in wichtigen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur Deutschlands, vor allem im Bildungssystem und im Verkehrssektor.

Solche Beispiele für die „Sprache des Kapitalismus“ untersuchen der Kulturwissenschaftler Simon Sahner und der Ökonom Daniel Stähr in einem neuen Buch. Was steckt hinter Phrasen wie „Rettungsschirm“, „Gratismentalität“, „Technologieoffenheit“ oder „kranker Mann Europas“? Wieso sind in finanzielle Schieflage geratene Banken oder Versicherungen angeblich „too big to fail“ (zu groß um zu scheitern) – und müssen daher auf Kosten aller gerettet werden? Gibt es sie überhaupt, die „unsichtbare Hand des Marktes“, über die der Vater der heutigen Volkswirtschaftslehre, der schottische Ökonom Adam Smith, schon im 18. Jahrhundert schrieb?

Was bedeutet es, wenn Menschen davon sprechen, Geld zu „verdienen“ oder es anderen zu „schulden“? Sind Unternehmen „Arbeitgeber“ oder passt diese Beschreibung nicht viel treffender auf die dort Beschäftigten, die irriger-

weise als „Arbeitnehmer“ bezeichnet werden? Sahner und Stähr interpretieren diese und andere Begriffe als „historisch gewachsene Machtzuschreibung“. Als Gegenmittel fordern sie, über solche im Alltag meist achtlos verwendeten Phrasen stärker nachzudenken: „Wir glauben, dass es einfacher wird, sich das Ende des Kapitalismus vorzustellen, wenn wir uns von seinen Sprachmustern befreien.“

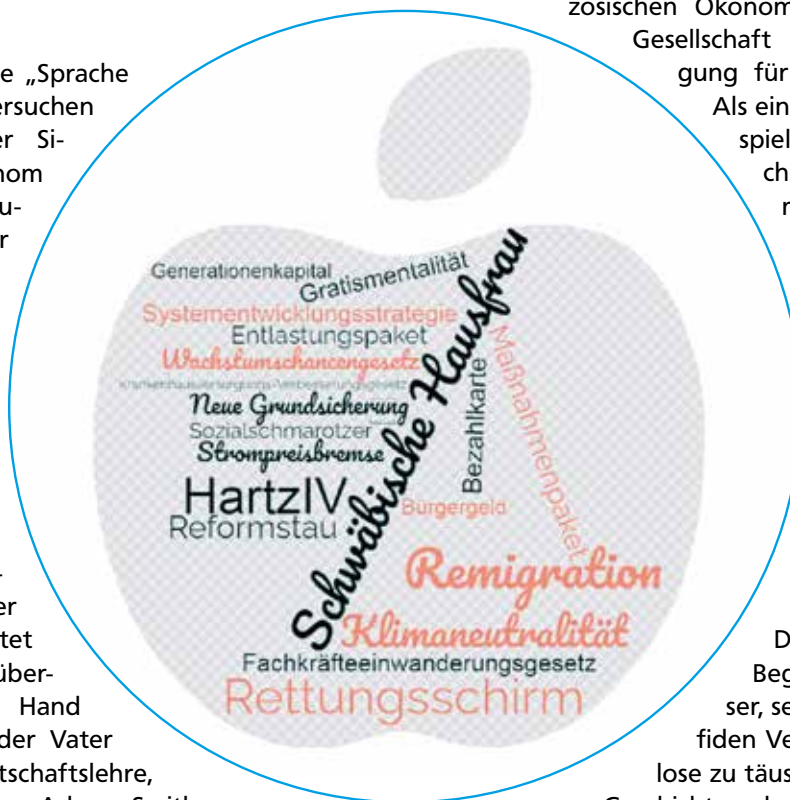
Gewachsene Machtzuschreibung

Die Autoren plädieren für mehr Genauigkeit, wollen den „Mustern und Spuren nachgehen“, die unser Wirtschaftssystem hervorgebracht hat und es „gleichzeitig stützen“. Die Art, wie darüber geredet werde, verschleierte die Funktionsweise ökonomischer Prozesse und festige dadurch bestehende Verhältnisse. Das Ergebnis sei, dass „wir unsere eigene Rolle in diesem System falsch einschätzen“.

Sahner und Stähr beziehen sich auf eine These des französischen Ökonomen Thomas Piketty: Jede Gesellschaft brauche eine Rechtfertigung für ihre soziale Ungleichheit. Als ein besonders prägnantes Beispiel erläutern sie den sprachlichen Umgang mit dem Thema Inflation: „Steigen“ oder „explodieren“ die Preise einfach, sozusagen von selbst? Oder werden sie nicht vielmehr von den Verkäufern der Produkte gezielt erhöht?

Unsichtbar bleibe dabei stets, dass „jemand die Verantwortung trägt“, dass es „Menschen gibt, die davon profitieren“. Die Nutzung der kritisierten Begriffe, betonen die Verfasser, sei keineswegs Teil einer perfiden Verschwörung, um Ahnungslose zu täuschen: „Wir alle erzählen die Geschichten des Kapitalismus und merken es teilweise nicht einmal.“

Thomas Gesterkamp



Simon Sahner/Daniel Stähr: Die Sprache des Kapitalismus. S. Fischer Verlag, Frankfurt 2024. 300 Seiten, 24 Euro.



Michael Wendel

Auf ein Bier mit Gott

Auf ein Bier mit Gott lädt der Pastor Michael Wendel schon mal in die Kneipe ein. Das Credo des niedersächsischen Theologen für seine Kirche lautet: „Wenn Du nicht kommst, komm ich!“ Und wenn es in der örtlichen Gastwirtschaft ist. „Die Leute, die ich in der Kneipe erreiche, die kommen in der Regel Sonntag morgens nicht in meinen Gottesdienst“. Statt die übliche Seelsorge der Kneipenchefin hinterm Tresen zu überlassen, lädt Wendel selber ein. Mittlerweile ist der

Andrang in Sulingen so groß, dass Reservierungen ausgegeben werden müssen, denn Wendel baut nicht nur einen kleinen Altar mit schönen Kerzen, Kreuz und Bibel in der Gastwirtschaft auf, sondern macht selbst Musik. „Es ist kein großes liturgisches, unverständliches Vokabular, sondern ich versuche, die Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit und Lebenskultur anzusprechen“, erklärt der Kneipenpastor.

Wer
Was
Wann
Wo



Serap Güler

Fasten in der Konsumgesellschaft

Christen könnten vom Fastenbrechen des Ramadan Neues lernen, meint Serap Güler, die CDU-Politikerin und Muslimin. „Ich faste im muslimischen Ramadan-Monat eher ‚katholisch‘ und verzichte diesen Monat auf Alkohol, aber nicht aufs Essen“. Sie sieht das Fasten angesichts unserer Konsumgesellschaft „vielleicht noch mal wertvoller als vor Jahrtausenden, als es erfunden wurde“, erklärt sie gegenüber dem Kölner Domradio. Anders als in der christlichen Fastenzeit hat das Fastenbrechen im Ramadan eine

soziale Komponente. Neben dem „gemeinsamen Zelebrieren in der Moschee“ stehe das soziale Miteinander und die Einladung zur gemeinsamen Mahlzeit im Vordergrund für Menschen, „die vielleicht nicht immer die Möglichkeit haben, eine warme Mahlzeit zu genießen.“ Die Beleuchtung zum Ramadan in Deutschland begrüßt die CDU-Politikerin, denn schließlich gibt es auch in islamischen Ländern zur Adventszeit Weihnachtsbeleuchtung. „Dort geht es natürlich um den Konsum“, so Güler.

§ RECHT

Was bedeutet Familienpflegezeit?

Kann ich als Berufstätiger Pflegezeit beantragen?

80 Prozent der Pflegebedürftigen wird zu Hause versorgt – meist durch Angehörige. Daher hat der Gesetzgeber mit der Familienpflegezeit eine Unterstützungsmöglichkeit für pflegende Angehörige eingerichtet, mit der sie die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeit auf bis zu 15 Stunden pro Woche zu reduzieren. Die verkürzte Arbeitszeit bezieht sich dabei auf den Jahresdurchschnitt. Mit dem Blockmodell können sich Berufstätige die Zeit nach Rücksprache mit dem Arbeitgeber so einteilen, dass sie zu den Bedürfnissen des Pflegebedürftigen passt. Maximal aber nur für zwei Jahre.



Wie sehen die Voraussetzungen aus?

Um die Familienpflegezeit zu beantragen, ist das Vorliegen eines Pflegegrads Vor-

aussetzung. Die pflegende Person muss außerdem ein naher Angehöriger sein. Dazu gehören unter anderem Eltern, Großeltern, Stief- oder Schwiegereltern, Ehegatten, Lebenspartner, Partner in einer eheähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft, Geschwister, Kinder oder Enkelkinder. Ein Anspruch besteht grundsätzlich nur, wenn im Unternehmen mindestens 26 Mitarbeiter beschäftigt sind.

Verdiene ich dann auch weniger?

Ja, während der Familienpflegezeit verdienen pflegende Arbeitnehmer:innen weniger. Damit sie durch den geringeren Lohn nicht in finanzielle Schieflage geraten, haben sie Anspruch auf ein zinsloses Darlehen des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA). Im Rahmen der Förderung erhalten sie jeden Monat eine Rate in Höhe der halben Differenz zwischen dem alten und dem gekürzten monatlichen Nettogehalt. Die Rückzahlung nach Beendigung der Freistellung erfolgt dann ebenfalls in monatlichen Raten.

BUCHTIPPS

Arbeit und Demokratie

Die Welt rennt von Krise zu Krise – von Krieg zu Krieg. Existenzielle Ängste gefährden unsere Demokratie. Bauernfänger nutzen diese Stimmung, um gerade dort, wo die Unsicherheit durch Automatisierung, Digitalisierung, Arbeitsplatzverlust und schlechte Arbeitsbedingungen am größten ist – bei den abhängig Beschäftigten – mit rechten Parolen und völkischen Denkweisen, Sicherheit vorzugaukeln. Ex-DGB-Chef Reiner Hoffmann hat gemeinsam mit Autorinnen und Autoren aus den Einzelgewerkschaften vor zwei Jahren mit dem Buch „Arbeit aufwerten – Demokratie stärken“ vor einem weiteren Auseinanderdriften der Gesellschaft gewarnt. Dabei ist die Integrationskraft von guter und würdevoller Arbeit ein wichtiger Faktor für eine starke Demokratie. Die Aufwertung der Arbeit muss in vielen Bereichen erfolgen. Die verschiedenen Aufsätze zeigen wichtige Gestaltungsperspektiven nicht nur aus Sicht der Gewerkschaften.



Matthias Rabbe

Arbeit aufwerten – Demokratie stärken. Gewerkschaftliche Gestaltungsperspektiven, Hg: Reiner Hoffmann, Dietz-Verlag 2021, 14,90 Euro

Raus aus der Krise

Täglich eröffnen sich neue Krisen. Jede neue Krise stellt Existenzen infrage. Die Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung haben sich zum Teil drastisch verschlechtert, nicht zuletzt deshalb, weil sich mehrere Krisen in kurzer Zeit häuften und überlappten. Politik scheint nicht zu gestalten, sondern nur noch zu reagieren. Doch vor dem Handeln steht das Sehen und Urteilen. Der Armutsforscher und Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge analysiert schonungslos die Herausforderungen und stellt Überlegungen zur Lösung in den Raum, bevor die Sprengkraft der sozialen Ungleichheit sich entfaltet. „Dabei kommt es mehr denn je auf gemeinsames und solidarisches Handeln der Gesellschaftsmitglieder an.“ Das bedeutet ein Ende des wachsenden Individualismus verbunden mit Vereinsamung. Butterwegge diskutiert den Systemwechsel, auch mit der Option eines Grundeinkommen-Modells. Butterwegges Lösungen zielen dabei auf die Schwachen in der Gesellschaft. Statt „Leistungsgerechtigkeit“ sollte die „Bedarfsgerechtigkeit als Ziel von Hilfsmaßnahmen im Mittelpunkt aller Bemühungen der politisch Verantwortlichen stehen“.



Christoph Butterwegge
Deutschland im Krisenmodus
Infektion, Invasion und Inflation als gesellschaftliche Herausforderung

Matthias Rabbe

Deutschland im Krisenmodus – Infektion, Invasion und Inflation als gesellschaftliche Herausforderung, Butterwegge, Christoph, Beltz-Juventa-Verlag, Weinheim 2024, 25 Euro

Post an die Redaktion

Schändliche Arbeitssituation

Zu: „Ausgenutzt und weggeworfen“, in Impuls 03/2023
Der Artikel „Ausgenutzt und weggeworfen“ im Impuls 3.2023 beschreibt in klarer, ungeschminkter Sprache die faktisch schändliche Arbeitssituation insbesondere von rumänischen Altenpflegerinnen in Deutschland und Österreich. Um die sich verfestigte bittere Armut für sich und ihre Angehörigen wenigstens teilweise lindern zu können, gehen diese Frauen in die reichen EU-Länder, um dort die Rund-um-die-Uhr-Pflege für unzählige ältere Menschen zu gewährleisten. Wohl wissend, dass sie ihre Kinder, Männer, Familien monatelang nicht sehen und ihre eigenen Familien in der Heimat leiden, weil die Pflegerinnen eigentlich in

ihrer Heimat dringendst benötigt werden. Diese Pflegerinnen wie auch Frauen, die in der Landwirtschaft, der Gebäudereinigung, in Hotels und Restaurants arbeiten, werden im gegenwärtigen ‚real existierenden Kapitalismus‘ der reichen EU-Länder Opfer von gnadenloser Ausbeutung, Zwangsarbeit und oft mafiösen Strukturen.

Fakt ist: Der ehemalige rumänische Staatspräsident und Autokrat Nicolae Ceausescu wurde am 25.12.1989 standrechtlich erschossen. In den einzelnen Staaten des ehemaligen europäischen Ostblocks ist der Staatssozialismus/ „Realsozialismus“ seit 1989 zusammengebrochen. Auch Rumänien hat sich kurz nach diesem Zusammenbruch dem



„westlichen Wirtschaftsmodell“ (also Kapitalismus und Neoliberalismus) zugewandt, dessen Folgen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks oft wilde und räuberische Privatisierungen waren und sind – zum Nutzen der Oligarchen. Zum Schaden der Masse der ‚kleinen Leute‘. Das damalige (bis 1989!) sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem des „Realsozialismus“ mag für vieles – Negative wie auch Positive (was im ‚Westen‘ vielfach unterschlagen wurde und wird) – verantwortlich gewesen (!) sein. Für die gegenwärtige kapitalistische Ausbeutung etc. der rumänischen Pflegerinnen (und anderen Berufsgruppen von Frauen) in Deutschland und Österreich kann es keinesfalls verantwortlich sein. Diese Verantwortung trifft ausschließlich den gegenwärtigen Kapitalismus. Es darf auch im Jahre 2024 darauf hingewiesen werden, dass es jedenfalls im Staatssozialismus/„Realsozialismus“ der ehemaligen DDR durchaus erhaltenswerte Elemente gab. Zum Beispiel: Soziale Sicherheit, Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheit. Diese wurden beim Beitritt der DDR zur Bundesrepublik missachtet und diskreditiert. *Helmut Gelhardt, (KAB Engers-Mülhofen)*

IMPRESSUM



117. Jahrgang,
Hrsg.
KAB Deutschlands

Redaktion und Vertrieb
Matthias Rabbe (verantwortw.),
Redaktionsassistentin: NN
Tel. (02 21) 77 22-1 31
Fax (02 21) 77 22-1 35
redaktion-impuls@kab.de
Bezug im Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Ketteler-Verlag GmbH
Geschäftsführer: Josef Singer
Amtsgericht Köln, HRB 34678
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln

Anzeigen und Beilagen geben
nicht die Meinung oder
Einstellung der KAB wieder.

Gesamtherstellung
Heider Druck GmbH
Bergisch Gladbach

Anzeigen und Beilagen
Joh. Heider Verlag GmbH
Nicole Kraus
kraus@heider-medien.de
Tel. (0 22 02) 95 40-336
Auflage: 65.000

Für Termine keine Haftung.
Der nächste KAB-Impuls
erscheint am:
26. August 2024
Anzeigenschluss:
31. Juli 2024

ISSN 1434-4386
www.ketteler-verlag.de

Titelbild:
Fotomontage Katja Kuth
Rückseite:
**Günter H. Winckler/
Friederike Schäfers**

Immer schnell und umfassend informiert!

www.kab.de



Europa steht nicht zur Wahl



Bild: pixabay

**Mit einer bundesweiten Plakataktion
(siehe Rückseite Impuls) ruft die KAB
Deutschlands dazu auf, sich an den
Europawahlen zu beteiligen.**

**Gleichzeitig erinnert die KAB
an ihre Geschichte und Tradition,
um vor rechtsradikalen Positionen
und völkisch-nationalen Bewegungen
zu warnen.**

**Das demokratische und rechtsstaatliche
Europa darf durch rechtsradikale
Parteien nicht zur Wahl stehen.**



**Plakate und Post-
karten können als
Druckvorlage kosten-
los von der
KAB-Homepage
(www.kab.de) herun-
tergeladen werden.**

**Gedruckte Exemplare
können unter
info@kab.de bestellt
werden;
pro Bestellung
maximal 100 Stück.**

KAB-Rätselspaß

KREUZWORTRÄTSEL Suchen Sie die Lösungswörter!

Bühnenstück	Leistung der KAB	Dauerbezug	Honigwein	8	Gewichtsklasse im Sport	Fahrbahnteil	17	Zwei Musizierende	Wortteil: Leben	Ort des Katholikentags	13	triumphierender Ausruf	Zerfallserscheinung	Messbandeinteilung	Wahl am 9. Juni zum ...	herbei
in der gleichen Weise				15				Nominativ	langweilig	1			Belag für Laufbahnen		ägyptischer Sonnengott	
	12				Spielbank	zu welchem Zweck	16				Eichmaß					7
engl. Polarforscher († 1912)		Kurzform von Maria	Gesichtspickel					Räucherfisch	ländlich			27			Halbmetall	Schiffsfaschenszug
Trennzeichen über Vokalen						Wanderpause					US-Bundesstaat (Las Vegas)	Hauptstadt Marokkos	30			
italienisch: ja		21	in Begleitung von	Liegemöbel	24			Weißhandgibbon	Armut, Elend					Großvater		29
Disney-Klassiker von 1942						Baumstraße					5	asiat. Reisbranntwein				4
Kinderfahrzeug		Käsestadt in Holland	französisch: König			im TV direkt übertragen		achtbar	geräumiges Auto				kurze spanische Jacke	Skatansage		23
									19	unrecht haben		Spion	Vorname von Clinton			
Initialen Dürers		20	Ackergränze		Vorname von Astaire †			Hast	US-Staat im Nordwesten						altes Reifen-druckmaß	bewohnter Planet
Instrument der Sozialpartner				6								22	Gewebe mit Metallfäden			9
	26				asiatische Körnerfrucht				11	Brettspiel		Stadt im Südwesten Englands				18
amerikanische Raubkatze		Beiname Eisenhowers				25	aufbewahren				3			kreisartig		2
Waldohr-schnaps			10	böser Geist							14	Blasinstrument für Kinder			28	

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Sudoku

			1	6		8
	5					
1			4	6	5	2
	9		3	1		
	4		8	5		
		7		3		9
	1			4		7
6				2		
	8	9	3			4

Rätseln und gewinnen!

Schicken Sie die Lösungswörter (bis 15. August 2024) mit Ihrer Adresse an die:

Redaktion IMPULS
 Bernhard-Letterhaus-Straße 26
 50670 Köln
 oder
 redaktion-impuls@kab.de



Jetzt mit dem Gewinnspiel die Grillsaison eröffnen. Drei Grillschürzen zu gewinnen.



KAB Deutschland e.V.
kab.de
Unterstützt durch:
Stiftung-ZASS.de

DU HAST ES IN DER HAND! EUROPA

Seit über 50 Jahren ist
Europa der Ort für
Demokratie,
Menschenrechte
und **Frieden.**

Bild © Günter H. Winckler

AUCH **DU** BIST EIN TEIL DAVON.
Geh wählen für ein starkes und soziales Europa!

Europawahl am
9. JUNI 2024